

# ROSALUX

Journal der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

1\_2008



Ausblick  
**5. Akademie für  
linke MedienmacherInnen  
Baustelle Europa**

Bericht  
**Wirtschaftsdemokratie  
und expansive Lohnpolitik**

Ansichten  
**Es gab viele 68 ...**

# **1968:** Deutungen und Folgen

<b>Editorial</b>	3
<b>Rückblick</b>	
Thomas Händel stellvertretender RLS-Vorsitzender	4
Vom Scheitern der Mythen: Privatisierungskrisen	4
Bauhaus im Ural – von Solikamsk bis Orsk	5
<b>Ausblick</b>	
Steter Tropfen höhlt den Stein	6
Staat und Globalisierung – Zur Aktualität materialistischer Staatskritik	6
Zerklüftung der Arbeitsgesellschaft im Finanzmarktkapitalismus	7
Bürgergesellschaft – Klassengesellschaft?	7
5. Akademie für linke MedienmacherInnen	7
Baustelle Europa	8
<b>Bericht</b>	
»Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik«	9
SOZ – Die Nato des fernen Ostens?	11
Der Nahe Osten in Neu Delhi	11
<b>Thema</b>	
1968: Deutungen und Folgen	12
»1968« in der DDR	14
Polens 68	15
Eine Frage der Organisation: der SDS damals und heute	17
Ausgewählte Veranstaltungen	19
<b>Stiftungsverbund</b>	
Die RLS Thüringen in 6.000 Zeichen vorstellen ...	20
Seit Januar: RLS in allen »alten« Bundesländern mit Regionalbüros vertreten	21
<b>Internationales</b>	
»Der 2. Oktober gerät nicht in Vergessenheit!«	23
Gebaruto gegen alles und jeden	24
<b>Ansichten</b>	
Es gab viele 68...	25
<b>Lesenswert</b>	
Von »Ästhetik des Widerstands« bis »Ziviler Ungehorsam«	28
Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie	29
Wasser. Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes	30
Kritik mit Methode?	30
Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik	31
1968 – die unverstandene Weichenstellung	31

**IMPRESSUM****RosaLux**

Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Erscheint vierteljährlich

**Herausgeberin**

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Gesellschaftsanalyse und politische  
Bildung e.V.  
Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin  
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122  
cakir@rosalux.de, www.rosalux.de

**Redaktion**

Cengiz Barskanmaz, Murat Cakir (V.i.S.d.P.),  
Erwin Heil, Horst Helas, Bernd Hüttner,  
Lutz Kirschner, Peter Ostholt, Dorit Rieth-  
müller, Marion Schüttrumpf und  
Florian Weiss

**Redaktionsschluss**

17. Januar 2008

**Satz & Layout**

Heike Schmelter

**Gesamtherstellung**

MediaService GmbH  
BärenDruck und Werbung

**Auflage**

5.000 Stück auf 115 g Profisilk, hergestellt  
aus 100% chlorfrei gebleichtem Zellstoff

**Bestellung**

Karin Malingrioux  
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122  
malingrioux@rosalux.de

**Foto Seite 12**

Jürgen Henschel

**Foto Seite 15**

picture-alliance/dpa

**Foto Seite 16**

picture-alliance/dpa/IMAGNO/  
Barbara Pflaum

**Nicht gekennzeichnete Fotos**

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Printed in Germany, Februar 2008  
ISSN 1864-6794

# Liebe Leserin, lieber Leser!

Viele sind sich darin einig: Kein anderes Jahr ist so prägend für die Bundesrepublik, wie das Jahr 1968. Es war ein langes Jahr – aber nicht nur für Westdeutschland. 1968 war ein Jahr der Hoffnungen und Umwälzungen in Ost wie West.

Schon seit mehreren Monaten ist das Thema »40 Jahre 1968« im Blickpunkt der öffentlichen Debatten. Von den Schüssen auf Benno Ohnesorg im Juni 1967, über die »Aprilunruhen« bis zu den Protesten gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Mai 1968 und über die »Kommune I« sowie deren Protagonisten wird wieder geschrieben und diskutiert. Allzuoft jedoch steht dabei vor allem der spektakuläre Charakter der Aktionen im Vordergrund. Vielmals wird »1968« auf einen romantischen Aufstand einiger jugendlichen Helden zusammengeschumpft dargestellt oder als Brutstätte gewaltorientierter Politik dämonisiert. Während die Sensationen, welche die Bilder aus dem Jahre 1968 auslösen, in den gängigen Medien kommentiert und reklamiert werden, wird auf eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit den »68er-Bewegungen« verzichtet.

So war es kein Zufall, dass die Redaktion von **RosaLux** über die Gestaltung des Schwerpunktthemas dieser Ausgabe lange diskutierte. Schließlich sollte das Heft dem Anspruch genügen, das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln zu durchleuchten, aber gleichzeitig der Versuchung widerstehen, den Blick allein auf spektakuläre Bewegungsereignisse zu reduzieren und das Bekannte wiederzugeben.

Keine leichte Aufgabe. Dennoch ist es uns gelungen – natürlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben – im Rahmen eines Journals das Thema »1968« aus unterschiedlichen Perspektiven zu behandeln. Peter Birke und Bernd Hüttner zeichnen für den Einleitungstext. Während Jörn Schüttrumpf das Jahr 1968 in der DDR beschreibt, erinnert Holger Politt an die Ereignisse in Polen. Ruben Lehnert und Luigi Wolf wiederum stellen in ihrem Artikel die Verbindung des SDS von damals und heute her. Angela Isphording erklärt, warum 1968 in Mexiko nicht in Vergessenheit gerät und Peter Linke, wie die Frontlinie der 68er-Revolte quer durch Japans Universitäten verlief. Schließlich weist Rainer Rilling unter der Rubrik »Ansichten« in einem längeren Artikel daraufhin, dass es »viele 68« gab.

Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird das Thema »1968« das ganze Jahr über präsent bleiben. In zahlreichen Veranstaltungen im ganzen Bundesgebiet sowie in verschiedenen Publikationen werden wir das Jahr 1968, die Ereignisse, deren Deutungen und Folgen thematisieren. In enger Zusammenarbeit mit unseren Landesstiftungen, dem Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung und zahlreichen Kooperationspartnern ist ein vielseitiges und interessantes Jahresprogramm entstanden, das Sie in Auszügen auch in dieser Ausgabe finden können. Zu diesen Veranstaltungen möchte ich unsere Leserinnen und Leser herzlich einladen.

Nicht versäumen möchte ich aber auch, Sie auf die übrigen Artikel in dieser Ausgabe aufmerksam zu machen. So beispielsweise auf den Bericht von Peeter Raane über die erste gemeinsame Fachtagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Peeter Raane, Vorsitzender unserer Landesstiftung in NRW berichtet aus der Veranstaltung »Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik«, die im Dezember 2007 in Remscheid anlässlich des 110. Geburtstages des bekannten Sozialdemokraten und Gewerkschafters Viktor Agartz stattfand.

Auch in dieser Ausgabe führen wir die Vorstellung unseres Stiftungsverbundes fort. Diesmal stellt sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen vor. Florian Weis und Lutz Kirschner berichten über die erfreuliche Entwicklung und Verankerung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in den alten Bundesländern. Berichte aus den letzten Monaten, Veranstaltungshinweise, Rezensionen und Publikationstipps vervollständigen diese Ausgabe, bei deren Lektüre ich Ihnen viel Spaß wünsche.

Ein gutes, vor allem gesundes, glückliches und friedliches neues Jahr.



Evelin Wittich



Dr. Evelin Wittich,  
Geschäftsführendes Mitglied  
des Vorstandes der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung



## Thomas Händel stellvertretender RLS-Vorsitzender

Thomas Händel, erster Bevollmächtigter der IG Metall in Fürth und einer der Gründungsmitglieder der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) wurde am 1. Dezember 2007 von der Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in dieses Amt gewählt. Eine Satzungsänderung hatte Nachwahlen für den Vorstand notwendig gemacht. So wurden die Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Löttsch und der renommierte Wissenschaftler Prof. Dr. Alex Demirović in den Vorstand gewählt.



Der bisherige stellvertretende Vorsitzende Prof. Dr. Michael Brie und Vorstandsmitglied Dr. Lutz Brangsch schieden aus. Im letzten Jahr war Vorstandsmitglied Dr. Benjamin Hoff nach seiner Berufung als Staatssekretär in Berlin ausgeschieden. Brie und Brangsch sind weiterhin Bereichsleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Weitere Informationen: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=3009>

## Vom Scheitern der Mythen: Privatisierungskrisen

Der Staat ist wieder chic, Privatisierungen out – so scheint es. Doch Vorsicht, warnten Referenten auf der 5. Jahrestagung des ppg-netzwerkes (privatisation/public goods) im Hause der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 14. Dezember 2007 – es gibt auch linke Mythen. So warnte Werner Rügemer vor 75 Anti-Privatisierungsaktivisten, Forschern und Politikern, dass Staatseigentum wahrlich kein Garant für die Gewährleistung des Gemeinwohls sei. »Der Staat ist vielmehr ein Akteur der Privatisierung.« Umso mehr, wenn er nicht nur aktiv Eigentum veräußert, sondern wenn staats-eigenen Unternehmen selbst Profitmaximierung und Wettbewerbsfähigkeit als leitende Maxime verordnet werden. Doch tatsächlich kann von einer Krise der Privatisierung gesprochen werden: der Staat müsse immer wieder bei gescheiterten Privatisierungen einspringen. Die Staatsintervention wird nötig, um die Schulden bankrotter Unternehmen zu übernehmen und die Bereitstellung wesentlicher öffentlicher Güter zu gewährleisten. Eric Swyngedouw zeigt, wie daher Investoren von dem Versuch einer direkten Leistungserbringung und Kontrolle mehr und mehr zu Strategien der Inwertsetzung über Finanzialisierung und Public-Private-Partnerships übergehen. »Fonds wollen kein Wasser managen, sondern Geld.« Doch in der Regel zeigt sich: »there is no profit in water«, die Profitrate ist niedrig, staatliche Subventionen werden notwendig. Etwas anders ist es im Kranken-

hausbereich: Dort werden ordentliche Profite erwirtschaftet, doch – so Jane Lethbridge – diese werden mit deutlich sinkender Qualität (für Normalversicherte) und höherer Arbeitsbelastung bei sinkenden Reallöhnen erkaufte – trotzdem werden nur 0,07 Prozent der Kosten eingespart. Kein gutes »Geschäft« für die Allgemeinheit. Entsprechend nehmen die Proteste gegen Privatisierungen zu. In Großbritannien nimmt die Labour-Regierung bereits Abstand von der weiteren Privatisierung der staatlichen Health Care. Werner Raza spricht von der dritten Welle des Protests – es fällt den Neoliberalen zunehmend schwerer die Segnungen der Privatisierung zu propagieren, nicht zuletzt angesichts einer wachsenden Zahl kritischer internationaler Studien der Privatisierungsfolgenabschätzung, wie etwa des Wissenschaftsnetzwerkes Presom oder der ppg. Weitreichende soziale Kämpfe für Deprivatisierungen wie in Bolivien, von denen Cythia Vargas Amurillo berichtete, führen bereits zu neuen, partizipativen Steuerungsformen öffentlicher Güter. Doch um die Entwicklung von Alternativen in Europa ist es noch nicht gut bestellt. Werner Rügemer meint: »Die Mythen glaubt keiner mehr, aber das Projekt der Privatisierung wird fortgeführt« – die Arbeit der ppg zur Entwicklung von Alternativen ebenso.

Weitere Informationen: [http://www.who-owns-the-world.org/wp/langswitch\\_lang/de](http://www.who-owns-the-world.org/wp/langswitch_lang/de)





# Bauhaus im Ural – von Solikamsk bis Orsk

**Architektur und städtebauliche Denkmalpflege der Moderne als sozialpolitischer Auftrag in Russland und Deutschland – eine internationale Konferenz in Jekaterinburg im November 2007**

Fällt der Begriff Bauhaus, denkt man wohl eher an Dessau, Weimar und Berlin als an russische Städte am Ural. Dennoch finden sich unter anderen in Swerdlowsk, Orsk, Solikamsk und Magnitogorsk eine Vielzahl von Gebäuden ehemaliger Bauhausarchitekten.

Als eine der ersten Hochschulen für Gestaltung stand und steht das Bauhaus mit seinen Architekten und Designern für die Idee, Produkte und Räume zu schaffen, die dem Nutzen aller dienen und zu erschwinglichen Preisen auch für den kleinen Mann erhältlich sein sollen. So ging es den Architekten z. B. nicht um aufwendiges Design und die Verwendung exklusiver Baustoffe beim Bau von Wohnungen und Häusern, um diese danach möglichst zu hohen Preisen vermieten zu können, sondern um die Idee des »Sozialen« im Wohnungsbau.

Entwerfen für den »einfachen« Menschen – Das Miteinander der Mieter, Licht und Raum für alle Bewohner und die Liebe zum Detail als Antwort auf die durch die schnelle Industrialisierung entstehende Wohnungsnot für die Arbeiterschaft: Unter Hannes Meyer (Bauhausdirektor von 1928–30) wurde am Bauhaus die Optimierung aller notwendigen Bedürfnisse in Einheit mit künstlerischen Überlegungen praktiziert.

Dem Druck des anwachsenden Nationalsozialismus konnte diese Idee jedoch nicht

standhalten. So emigrierten, verstärkt unterstützt durch die Einladung von sowjetischer Seite, mehrere Bauhausarchitekten in den 30er Jahren in die Sowjetunion. (16 von ihnen führten Bauaufträge, aber auch die Stalinschen Repressionen in den Ural). Hier trafen die Dessauer Architekten auf den russischen Wunsch nach einem sozialistischen Wohnungsbau und die meisten von ihnen konnten ihre Ideen endlich zusammen mit sowjetischen Kollegen weitgehend umsetzen – öffentliche Räume und sozialen Wohnungsbau architektonisch gestalten. Das vergessene oder verdrängte Erbe dieser Zeit ist jedoch heute zumeist in stark sanierungsbedürftigem Zustand. Leider gibt es im modernen marktwirtschaftlich orientierten Russland weder ein großes Interesse an der weiteren Unterstützung der damaligen Ideen, noch den Willen und Geld zur Sanierung für die in der damaligen Zeit entstandenen Gebäude.

Die internationale Konferenz sollte deshalb Rückblick und Ansporn zugleich sein. Rückblick, um das nur gering verbreitete Wissen über Idee, Werk und Wirken der Bauhäusler aufzufrischen – Ansporn, um das Erbe zu erhalten und diejenigen zu unterstützen, die »Nein« sagen zum fortschreitenden Verlust öffentlicher Räume und der Privatisierung des Wohnungsbaus.

Ort der Konferenz war die Staatliche Akademie der Architektur und Künste (Jekaterinburg), so dass die Konferenz und die sie begleitenden Ausstellungen zusätzlich zu den geladenen Gästen mit großem Interesse auch von einer Vielzahl von Studenten besucht wurden. Außerdem stieß die Konferenz auf ein großes Interesse der russischen Medien. Neben zahlreichen russischen Experten nahmen von deutscher Seite Annemarie Jaeggi (Direktorin des Museums Bauhaus Archiv), Christiane Post (Kunsthistorikerin), Astrid Volpert (Kunsthistorikerin), Thomas



Konferenzplakat

Flierl (ehemaliger Berliner Kultursenator und Vorstandsmitglied der RLS), Winfried Brenne (Architekt) und Mark Escherich (Dozent am Bauhaus) teil. Aus Holland reiste Ivan Nevzgodin (Architekturhistoriker und Dozent an der TU Delft) an.

Jetzt ist geplant, die beiden Ausstellungen nach Deutschland zu holen, eine Buchveröffentlichung zu ermöglichen, sowie die Konferenzergebnisse beim Petersburger Dialog und weiteren internationalen Foren.

## Mehr Informationen

Auf Deutsch unter: [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Auf Russisch unter:

<http://www.rosalux.ru/main/modules/news/article.php?storyid=33>

## Steter Tropfen höhlt den Stein

22. bis 24. Februar 2008, Berlin

*Internationale Tagung: Frauen im Widerstand für ein Menschenrecht auf Wasser*

Der Zugang zu sauberem Wasser ist ein Menschenrecht! Die Bestrebungen, Wasser zu einer Handelsware und damit zu einem privatwirtschaftlich organisierbaren Gut zu machen, ziehen ihre Kreise. Daher ist es von großer Wichtigkeit, die Zusammenhänge zwischen der herrschenden Wasserpolitik – von der lokalen bis zur internationalen Ebene – und den Auswirkungen auf die Lebensqualität von Frauen zu beleuchten. Bisher wurden die beiden Themen »Wasserpolitik/Wassermanagement« und »Geschlechterverhältnisse« nur selten zusammengedacht; die Teilhabe und Mitwirkung von Frauen an wasserbezogenen Entwicklungsanstrengungen nur wenig beachtet. Aber gerade sie tragen zur Entwicklung eines dringend notwendigen Problembewusstseins bei. Gerade den Frauen kommt hier eine Vorreiterrolle zu.

In den Ländern des Südens sind viele Frauen unmittelbarer und stärker vom globalen Wassergeschäft betroffen als in den westlichen Industrieländern. Aber auch bei uns werden die Auswirkungen spürbar. Das Grundnahrungsmittel Wasser muss immer teurer erkaufte werden, ob als Trink- oder als Brauchwasser.

Die Veranstalter – RLS; EcoMujer (Ein Austausch zwischen Frauen aus Cuba, Lateinamerika und Deutschland); ver.di, Berlin; genanet (Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit), Berlin; FIAN Deutschland (Food-First Informations- & Aktions-Netzwerk e. V.), Köln – wollen sich zusammen mit Referentinnen aus Deutschland und Lateinamerika kritisch mit diesen vielfältigen Zusammenhängen auseinandersetzen, Missstände auf-



zeigen und nach Widerstandsformen und Lösungsmöglichkeiten suchen.

*Konferenzsprachen: Spanisch und Deutsch  
Teilnahmebeitrag: 50 Euro (erm. 20 Euro)  
ver.di Bildungs- und Begegnungszentrum  
Clara Sahlberg, Koblanckstr. 10, 14109 Berlin  
Kontakt: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Tel. 030 44310-448, nuss@rosalux.de  
Weitere Informationen: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=14051>*

## Staat und Globalisierung – Zur Aktualität materialistischer Staatskritik

29. Februar 2008, Bremen, Podiumsdiskussion der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen, in Kooperation mit *associazione delle talpe*

In den aktuellen Debatten um Globalisierung wird meist eine Transformation staatlicher Souveränität und eine Verlagerung hin zu supranationalen Institutionen wie IWF, WTO, Weltbank etc. konstatiert. Globalisierungskritische AkteurInnen fordern vor diesem Hintergrund eine stärkere staatliche Intervention und Regulation ökonomischer Prozesse. Aber auch antirassistische und linksradikale GlobalisierungskritikerInnen beziehen sich mit ihren Forderungen nach »globalen sozialen Rechten« wie dem Recht auf Bewegungsfreiheit, Recht auf Ernährungssouveränität, Existenzgeld etc. auf einen staatlichen Souverän, den es zur Ge-

währung und zukünftigen Garantie dieser erwünschten Rechte bedarf.

Die Kritik der »Sozialstaatsillusion« initiierte in den 1970er Jahren in Westdeutschland die Staatsableitungsdebatte um die Formbestimmung des bürgerlichen Staates. Angesichts der idealistischen Vorstellung vieler GlobalisierungskritikerInnen, der Staat habe dem Allgemeinwohl zu dienen, scheint die Frage nach der Formanalyse des Staates nach wie vor aktuell.

In der Podiumsdiskussion sollen die theoretischen Potentiale und Grenzen sowohl der

Ableitungsdebatte als auch von Poulantzas »Staatstheorie« für die aktuellen Diskussionen um Staat und Globalisierung diskutiert werden.

*Hinweis: Am 1. März wird von 12–19 Uhr dazu ein Tagesseminar stattfinden.  
Mit Ingo Elbe, rote ruhr uni Bochum;  
Ingo Stützle, Berlin; Heide Gerstenberger,  
Universität Bremen  
Infoladen, St.-Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen  
Kontakt: Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen  
Tel. 0421 3909620, info@rosa-luxemburg.com  
Weitere Informationen: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=15309>*

# Zerklüftung der Arbeitsgesellschaft im Finanzmarktkapitalismus

16. März 2008, Berlin

*Konsequenzen für eine linke Politik*

Das 21. Jahrhundert ist durch eine beschleunigte Zerklüftung und soziale Spaltung der Arbeitsgesellschaft geprägt. Verschiedene Formen der »industriellen Reservearmee«, fortschreitende Prekarisierung, neue Formen selbständiger Arbeit und eine zunehmende Vermarktlichung und Entgrenzung gerade auch der Arbeitsprozesse von Professionals, schließlich Individualisierungs- und Subjektivierungsprozesse werfen erneut die Frage nach den Konsequenzen auf, die sich daraus für eine linke Politik und nach den sozialen

Trägern gewerkschaftlicher und linker Politik ergeben.

*ReferentInnen: Joachim Bischoff, WISSEN-Transfer; Mario Candeias, RLS Berlin; Tatjana Fuchs, Inifes; Dieter Sauer, IfS München; Michael Vester, Uni Hannover*  
*Eine Tagung der Hellen Panke in Kooperation mit WISSENTransfer. Veranstaltungsort entnehmen Sie bitte dem Monatsprogramm!*  
*Kontakt: Helle Panke, Tel. 030 47538724, info@helle-panke.de*

## Bürgergesellschaft – Klassengesellschaft?

15. bis 16. März 2008, Zeil am Main

*Wochenendworkshop des Kurt-Eisner-Vereins, der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bayern*

***In welcher Gesellschaft leben wir? In welcher Gesellschaft wollen wir leben?***

Gab und gibt es eine Gesellschaft im Kapitalismus, die frei von Klassenkämpfen ist, wie von Vertretern der bürgerlichen Gesellschaft behauptet, dann kann es auch keine Unterschichten oder Prekariat geben. Wenn wir jedoch in einer Klassengesellschaft leben, wie Linke behaupten, wie soll dann eine Gesellschaft ohne Klassen aussehen? Wollen wir überhaupt eine Gesellschaft ohne Klassen? Will die Bürgergesellschaft die Klassen aufheben? Wenn es keine Klassen mehr gibt, wie Marx zu seiner Zeit analysiert, was sind dann heute das Prekariat und was sind die Beschäftigten und was die Kapitalbesitzer?

Welche Stellung hat dann der Staat heute, ist er frei von Klasseninteressen?

*Für dieses Wochenendseminar steht nur eine begrenzte Zahl von Plätzen zur Verfügung. Eine Anmeldung ist deshalb erforderlich.*  
*Thomas Lühr, Friedrich Raabe u. a.*  
*Naturfreundehaus Warme Sonne, Warme Sonne 1, 97475 Zeil am Main*  
*Teilnahmebeitrag: 20 Euro (Erwerbslose auf Anfrage)*  
*Kontakt: H. Grünwedel, Tel. 0931 2057027, holger.gruenwedel@gmx.net*  
*Weitere Informationen: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=14706>*

**kev Kurt-Eisner-Verein**

für politische Bildung in Bayern e.V.

5. Akademie für linke  
Medienmacher/innen  
Berlin 6.-9. März 2008

rls  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

## 5. Akademie für linke MedienmacherInnen

6. bis 9. März 2008, Berlin  
*Veranstaltung der linken Medienakademie*

Die Akademie für MedienmacherInnen wurde 2008 um einen Tag erweitert und offeriert mehr als 40 Veranstaltungen: Fachvorträge, Workshops, Intensiv-Kurse, Exkursionen und genügend Möglichkeiten für abendliches Networking. Kurse werden angeboten in den Bereichen neue Medien, PR- und Öffentlichkeitsarbeit, journalistische Genres und Praxis, Bildbearbeitung, Layout und Illustration sowie Wissensmanagement und Recherchemöglichkeiten.

**Anmeldung ist erforderlich:**

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

**Teilnahmebeiträge:**

25 Euro (ermäßigt), 50 Euro (normal),  
100 Euro (Förderbeitrag)

**Information und Anmeldung:**

[www.linke-medienakademie.de](http://www.linke-medienakademie.de)



Gastgeberin Bärbel Romanowski (rechts) mit ihren Gästen

## Baustelle Europa – Welche Perspektiven haben europäisch-russische Beziehungen?

20. März 2008, Berlin

*Zwischen Höhenrausch und tiefem Fall*

Mit seinen ca.140 Millionen Menschen ist Russland heute ein Schwergewicht in der Weltpolitik. Und Präsident Putin lässt keinen Zweifel daran, dass es das auch politisch, wirtschaftlich und militärisch sein will. Das Verhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union ist geprägt von immer wieder neu auftretenden Interessenunterschieden, so bei wirtschaftlichen Fragen oder bei militärstrategischen Ansprüchen, wie z. B. bei der Stationierung von Abfangraketen und Frontradar in Polen und Tschechien. Bei allen Divergenzen: Man kann nicht ohne einander.

Putin stellt klar: »Wir sind bereit, auf die Europäische Union so weit wie möglich zuzugehen, wenn diese uns auf halber Strecke entgegenkommt.« Zugleich sagt er aber auch: »Konkurrenz ist die Kehrseite der Zusammenarbeit und unabdingbarer Teil des Prozesses der Globalisierung.« Russland reklamiert für sich legitime nationale Interessen und warnt davor, stets gleich den ideologischen Stempel des Kalten Krieges zu zücken.

Das sind die zentralen Fragen: Welche politischen, wirtschaftlichen, humanitären und

ökologischen Schnittmengen gibt es in den Beziehungen zwischen der EU und Russland? Wie steht es um einen offenen Dialog und um die Kompromissbereitschaft? Wie steht es in Russland um Demokratie und Pressefreiheit? Was beinhaltet ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das aus russischer Sicht eine Vertiefung der wirtschaftlichen Integration und der Zusammenarbeit bei der Gewährleistung von Freiheit und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent garantieren soll? Droht ein neuer Rüstungsschub oder lässt Russland Abrüstungschancen erkennen?

Die Agenda der Tagespolitik ist lang: Raketenabwehr, die Lage in Afghanistan, neue Herausforderungen beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus, Drogenhandel, »illegale« Immigration und globale Armutsbekämpfung gehören an die erste Stelle. Putin spricht aber auch vom Respekt gegenüber dem Völkerrecht, der Ablehnung der gewaltsamen Lösung internationaler Probleme und zugleich der Stärkung multinationaler Kooperationsformen. »Dem Geist und der Kultur nach ist unser Land ein unabdingbarer Bestandteil der europäischen Zivilisation, zu deren Entwicklung und Pflege das russische Volk einen unschätzbaren Beitrag geleistet hat«, heißt es aus Moskau. Dietmar Schumann hat viele Jahre als Korrespondent in Russland gearbeitet – für das DDR-Fernsehen vor und für das ZDF nach 1989. Schumann war sieben Monate in Afghanistan und gehört zu den Kritikern Russlands, die offen Positionen beziehen.

*Mit Dr. Helmuth Markov, GUE/NGL, Mitglied des Europäischen Parlaments; Vladimir V. Kotenev, Botschafter der Russischen Föderation (angefragt); Dietmar Schumann, ZDF-Korrespondent; Bärbel Romanowski  
Europahaus, Unter den Linden 78, 10117 Berlin  
In Kooperation mit der Delegation der LINKEN in der Fraktion der GUE/NGL im Europäischen Parlament  
Kontakt: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Tel. 030 44310-121, weichold@rosalux.de*



Peeter Raane

# »Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik«

*Fachtagung zum 110. Geburtstag von Viktor Agartz (1897–1964)*

Historische Daten und Parallelen gab es in Fülle bei der ersten gemeinsamen Fachtagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung im Dezember 2007 in Remscheid anlässlich des 110. Geburtstages von Viktor Agartz, der in der Nachkriegszeit zu den wichtigsten und einflussreichsten Persönlichkeiten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zählte. Nach 1945 hatte Agartz mehrere wichtige politische Ämter bekleidet und als sozialdemokratischer Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag, Leiter des Zentralamtes für Wirtschaft in der britischen Zone und später Leiter des Bizonen-Wirtschaftsamtes die Wirtschaftspolitik im Nachkriegsdeutschland mitgeprägt.

Von 1948 bis 1955 war Agartz Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB (WWI), dessen Gründung er 1946 mit Hans Böckler betrieben hatte. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der antikommunistischen Grundstimmung der Adenauerära wurde Agartz' Karriere Mitte der 1950er Jahre jäh beendet. Die Anklage wegen »Landesverrats« aufgrund von Kontakten zur DDR endete 1957 mit einem Freispruch (Verteidiger waren der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann und der spätere Landesjustizminister Dieter Posser). Das änderte nichts daran, dass Agartz nach seinem Ausschluss aus der SPD auch in der Gewerkschaftsbewegung zur Unperson wurde. Mit dem Niedergang des linkssozialistischen Netzwerks von Zeitungen und Zirkeln, in dem Agartz mit der Herausgabe der Zeitschrift WISO vor allem der Gewerkschaftslinken eine Plattform sichern wollte,

gerieten seine politisch-theoretischen Arbeiten weitgehend in Vergessenheit.

Mehr als 100 Teilnehmer aus allen Teilen der (alten) Bundesrepublik waren nach Remscheid gekommen. Unter ihnen waren viele Wissenschaftler und ein erheblicher Anteil sowohl ehemaliger als auch heute tätiger Mitarbeiter der IG Metall, des DGB und der Gewerkschaften ver.di und NGG. Im Mittelpunkt der Tagung standen zwei inhaltliche Bereiche, in denen sich Agartz auch als konzeptioneller Denker profilierte und die ihm zeitweise den Titel »Cheftheoretiker des DGB« einbrachten: Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik.

***Agartz entwickelte die expansive Lohntheorie, nach der Tarifverhandlungen auch als Mittel der Umverteilung gesehen werden. Hohe Lohnforderungen sollten einen Anreiz zur Rationalisierung darstellen.***

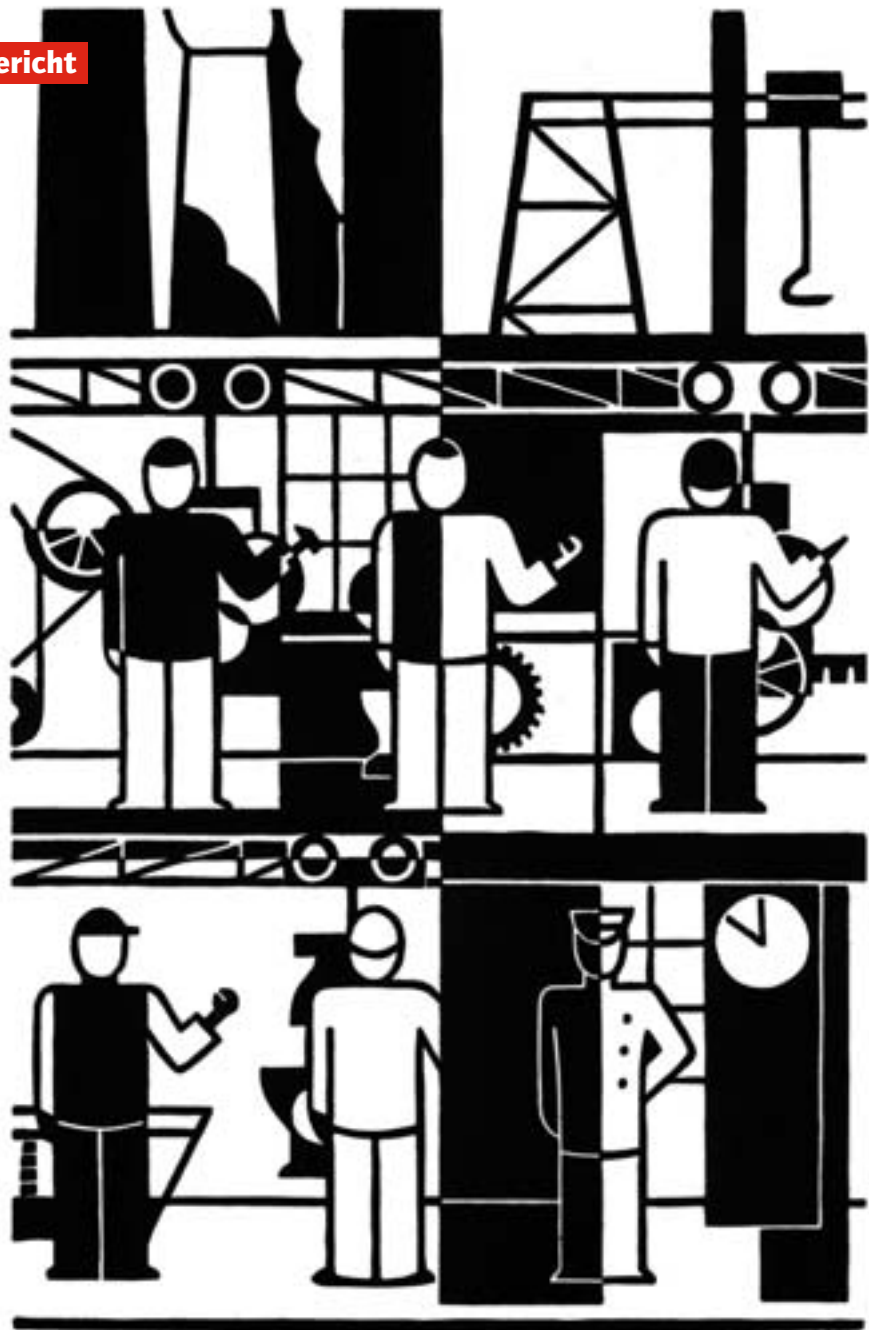
Wikipedia über Viktor Agartz

Guntram Schneider, DBG-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, betonte in seinem Grußwort, wie wichtig die Diskussion über Wirtschaftsdemokratie angesichts der neoliberalen Politik nach dem Motto »Privat vor Staat« und des Abbaus von Mitbestimmungsrechten im öffentlichen Dienst durch die CDU-Landesregierung sei.

Dr. Christoph Jünke (Bochum) zeichnete ein pointiertes historisches Porträt, und zwar nicht nur sein Leben und Werk als sozialis-

tischer Gewerkschafter, sondern auch sein Wirken innerhalb des westdeutschen Linkssozialismus. Ironisch-provokativ zog er eine Parallele zur aktuellen Situation, indem er Agartz als eine Art »Lafontaine der 1950er« Jahre charakterisierte. Damit erntete er den Widerspruch von Dr. Herbert Ehrenberg (Bundesarbeitsminister im Kabinett Helmut Schmidt von 1976 bis 1982), der sich andererseits ausdrücklich zur »expansiven Lohnpolitik« – von ihm als »positive Lohnpolitik« bezeichnet – als ein Mittel der Umverteilung bekannte.

Prof. Dr. Michael Krätke (Universität Amsterdam) entwickelte Agartz' zentrales politisch-theoretisches Konzept der Wirtschaftsdemokratie. Die politische Demokratie könne nur erhalten werden, wenn sie durch eine entwickelte Wirtschaftsdemokratie untermauert werde. Zu den wichtigen Säulen seines Konzepts der Wirtschaftsdemokratie zählen die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und deren Überführung in Gemeineigentum, gesamtwirtschaftliche Planung als Investitionslenkung im Kontext des demokratischen Rechtsstaats, Selbstverwaltung der Wirtschaft im Rahmen eines differenzierten demokratischen Planungsprozesses (inkl. paritätisch besetzter Wirtschaftsräte auf verschiedenen Ebenen), betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung, Förderung von Genossenschaften und öffentlichen Unternehmen sowie ein regulierter Wettbewerb im Rahmen der Marktwirtschaft. Wie weit Agartz seiner Zeit voraus war, wird daran deutlich, dass diese Elemente einer entwickelten Wirtschaftsdemokratie heute in der internationalen Debatte unter dem Stichwort »Marktsozialismus« diskutiert werden



Gerd Arntz (1900 - 1988)  
Fabrik, 1927  
VG Bild-Kunst, Bonn, 2007

Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik  
Fachtagung zum 110. Geburtstag von Viktor Agartz (1897 - 1964)  
13. Dezember 2007, Deutsches Werkzeugmuseum Renscheid  
Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und WSI in der Hans-Böckler-Stiftung

– auch unter angelsächsischen Autoren, die ihrerseits nie von Agartz gehört hätten.

Während Ehrenberg die gewerkschaftliche Lohnpolitik in den 1950er und 1960er Jahren behandelte, gingen Dr. Thorsten Schulten und

Dr. Reinhard Bispink auf die Erfahrungen und Prämissen einer gesamtwirtschaftlich orientierten Lohnpolitik ein – ein Thema, das in der Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Gustav Horn (dem Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böck-

ler-Stiftung), Dr. Sabine Reiner (Gewerkschaft ver.di und Rosa-Luxemburg-Stiftung) und Dr. Hans-Jürgen Urban vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall vertieft wurde.

Verteidigung des Sozialstaates und erfolgreiche Tarifbewegungen erfordern auch mitgliederstarke Gewerkschaften in den Betrieben. Auch wenn die Vorstellungen Viktor Agartz' heute nicht direkt umzusetzen seien, gäben sie wichtige Hinweise für die gegenwärtige Notwendigkeit, Fragen der »Sekundärverteilung«, zum Beispiel bei den Steuern oder den Renten, stärker aufzugreifen. Horns Forderung, den Sozialsystemen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und eine Mindestrente gegen Alterarmut zu fordern, gehört in diesen Zusammenhang ebenso wie die massive Kritik Ehrenbergs an der Rentenpolitik einschließlich der sogenannten Riester-Rente.

Auch aus dem Teilnehmerkreis gab es eine Reihe wichtiger Beiträge, die deutlich werden ließen, dass – wenn auch nur an verstreuten Stellen – in den letzten Jahrzehnten immer wieder eine Auseinandersetzung mit Agartz stattgefunden hat. Zugleich wurde deutlich, dass an Agartz' Arbeiten auch kritisch hinterfragt werden muss, inwieweit er die Entwicklungsdynamik des Kapitalismus unterschätzt habe. Umso erfreulicher ist es, dass der VSA-Verlag eine Veröffentlichung mit wichtigen Aufsätzen von Viktor Agartz und Arbeiten über ihn vorbereitet. Im Rahmen dieses Sammelbandes werden auch die Tagungsreferate veröffentlicht.

Allgemein begrüßt wurde die Anregung Guntram Schneiders, das mit dieser Fachtagung von den beiden Veranstaltern geschaffene Diskussionsforum nicht nur einmalig zu nutzen, sondern zu einem sich jährlich treffenden Forum zu entwickeln, in dem politisch-theoretische Fragestellungen der jungen und jüngsten Gewerkschaftsgeschichte im Kontext der aktuellen gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Situation diskutiert werden

*Peeter Raane ist Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW.*

# SOZ – Die Nato des fernen Ostens?

*Eine internationale Konferenz in Moskau diskutierte die Bedeutung der »Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit« (SOZ) für die Schaffung einer regionalen Sicherheitsarchitektur in Asien*

Am 11. Dezember 2007 fand in Moskau eine internationale Konferenz zum Thema »Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und die Schaffung einer regionalen Sicherheitsarchitektur in Asien« statt. Eingeladen haben das Moskauer Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung und das Russische Gesellschaftspolitische Zentrum (ROPZ).

Seit ihrer Gründung vor erst sieben Jahren hat sich die SOZ zu einer der wichtigsten sicherheitspolitischen Strukturen im asiatischen Raum etabliert. Diese von Russland und China dominierte Organisation bietet eine Plattform zum Artikulieren und Verhandeln von sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen der Mitgliedsländer, zu

denen noch Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan gehören. Beobachterstatus haben Indien, Pakistan, Iran und die Mongolei. Rund 30 Konferenzteilnehmer aus den SOZ-Mitgliedsstaaten, einschließlich Indien und Iran, haben den aktuellen Zustand der Organisation analysiert und Schlussfolgerungen für die Entwicklung der Zusammenarbeit in dieser ressourcenreichen Weltregion gezogen.

Die wachsende internationale Bedeutung und die innere Struktur, sowie das künftige Profil der SOZ als »pan-asiatische« Alternative zur NATO oder aber als Alternative zur EU und anderen transnationalen Bündnissen wurden lebhaft diskutiert. Einig waren

sich die Teilnehmer darin, dass sich die SOZ für eine multilaterale, demokratische und gerechte Weltordnung einsetzt und sich als alternativer Entwurf zum befürchteten »clash of civilizations« versteht. Schwerpunkt der Zusammenarbeit bleibt der Kampf gegen den Separatismus, Extremismus und Terrorismus in der Region. Bezeichnend ist, dass die Mitgliedsländer noch vor dem 11. September 2001 eine regionale Struktur zur Terrorismusbekämpfung ins Leben gerufen hatten. Denkbar und auch wünschenswert wäre, dass die SOZ heute eine wesentlich aktivere Rolle bei der Regulierung des Konfliktes in Afghanistan übernehmen würde.

*Offizielle Seite der SOZ: [www.sectso.org](http://www.sectso.org)*

Erhard Crome

## Der Nahe Osten in Neu Delhi

Die Jahreskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der Observer Research Foundation in Neu Delhi (21.–22. November 2007) hatte die wachsenden Sorge um die Lage im Nahen Osten zum Gegenstand.

In seiner Eröffnungsrede betonte der Vizepräsident Indiens, Hamid Ansari, dass die USA nicht mehr die »alles überragende Supermacht« sind, als die sie noch im Frühjahr 2003 erschienen. Die Politik des Unilateralismus und der präventiven Kriegsführung sind gescheitert. Die Politik der USA hat dem Terrorismus Auftrieb gegeben. Auch Israels Unbesiegbarkeit hat 2006 einen Dämpfer erhalten. Die Kernfrage besteht nun darin, ob der politische Wille für eine Lösung des Nahostkonflikts besteht. In seinem Beitrag hob Prof. Michael Brie hervor, daß die deutsche und europäische

Linke die Kooperation mit Indien, das auf eine große Geschichte des antikolonialen Kampfes zurückblickt, im Ringen um Frieden auch im Nahen Osten für sehr bedeutsam hält. Prof. Norman Paech, MdB, schlug vor, eine breitere Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in den Blick zu nehmen, an der nicht nur die Staaten der Region teilnehmen, sondern auch die USA, die Europäische Union, Rußland, China und Indien.

An der Tagung nahmen auch Experten aus einer Reihe von Staaten der Region. Prof. Khaldoun Al-Naqeeb aus Kuwait machte deutlich, dass es die westliche Sozialwissenschaft nicht vermochte, die Ursachen für den politischen Islam zu verstehen. Dennoch, wie komplex und explosiv die Situation im Nahen und Mittleren Osten auch sein mag, so Dr.

Mohammed Wahby aus Kairo, es müssen die Ursachen des Konflikts angepackt werden. Und daran sollte nicht nur der Westen mitwirken, sondern auch andere wichtige Mächte, wie China und Indien. Botschafter Chinmaya Gharekhan, Sonderbotschafter des indischen Ministerpräsidenten für den Friedensprozess im Nahen und Mittleren Osten, hob das große Interesse Indiens am Frieden in der Region hervor. Indien habe den Vorteil, dass seine Politik nicht »ölgetrieben« ist, sondern sich vom Interesse an guten Beziehungen zu den Staaten und Völkern der Region leiten läßt. Israel wird sichere Grenzen haben, wenn es die Probleme mit seinen Nachbarn löst, darunter auch die mit dem palästinensischen Volk.

*Dr. Erhard Crome ist Referent im Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*

Peter Birke/Bernd Hüttner

# 1968: Deutungen und Folgen



Ostermarsch '68 auf dem Kurfürstendamm in Berlin (West)

In der medialen Öffentlichkeit erscheinen heute das Jahr 1968 und seine Jahrestage als so weit entfernt, dass sich nicht nur um die Kommune 1 und ihre Helden, sondern sogar um die gesamte Rebellion herum eine ebenso florierende wie harmlose Erinnerungsindustrie entwickeln konnte. Gleichzeitig, so zumindest unsere These, sind viele gesellschaftlichen Debatten und eine zeitgemäße politische Analyse der heutigen Verhältnisse ohne eine Befassung mit »1968« nicht zu verstehen bzw. zu leisten. Welche Brüche und Verbindungslinien sind in diesem Zusammenhang wichtig, was bedeuten die »1968er Jahre« für heute, aber auch: was bedeutet die aktuelle gesellschaftliche Situation für die Rezeption und Historiografie dieser »globaler Revolution«?

In einem Vortrag aus dem Jahre 1988 betont Immanuel Wallerstein, dass die Sozialproteste um 1968 zwei wichtige Elemente enthalten: Einerseits kommt es zu einem global sich artikulierenden Bruch mit den Vergesellschaftungsformen des modernen Kapitalismus, andererseits zu einem grundlegenden Konflikt zwischen der »alten« Arbeiterbewegungs-Linken und ihrer an einer Eroberung der Staatsmacht orientierten Praxen und einer »neuen«, informellen, auf Selbstorganisation und Selbstverwaltung setzenden Linken. Die Frage, wie sich dieser Konflikt zwischen alter, an einer Eroberung der Staatsmacht orientierter und »neuer« Linker vermittelt, ist unseres Erachtens völlig offen. Fest steht aber, dass die schematische Polarisierung zwischen den zwei Politikformen, die sich hinter den Schlagworten »alt« und »neu« verbirgt, aktuell an vielen Punkten aufbricht. Nicht zuletzt wäre für eine Partei, die sich selbst gerne als »neue Linke« bezeichnet, zu prüfen, inwieweit sie in der geschichtlichen Tradition, Aktualität und Uneingelöstheit »globaler Revolution«, in den »langen 1968er Jahren« zwischen 1967 und 1973 steht.



## Deutungen

»1968« wird als Chiffre für viele Erscheinungen benutzt. Da ist im globalen Norden eine Revolte gegen die Disziplinargesellschaft, also gegen Fließband, Kleinfamilie und »Massengesellschaft«. Viele, die damals revoltierten und protestierten, trieb der Wunsch nach Befreiung, nach weniger gesellschaftlichen Zwängen und politischem Muff. In einigen der realsozialistischen Länder war die Reform des Sozialismus durch mehr kulturelle Liberalität, betriebliche Selbstverwaltung wie auch durch innerparteiliche Demokratie umkämpft. Aus heutiger Warte wird »1968« als letzte und gleichwohl vertane Chance für einen demokratischen Sozialismus angesehen, die auch zur Schaffung von mehr dringend benötigter ökonomischer Effizienz hätte dienen können.

Es gibt verschiedene Deutungen der Ereignisse rund um »1968«. Eine ist, dass die Proteste um »1968« in den strukturellen Wandel der westeuropäischen Gesellschaften seit dem Wirtschaftsboom in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eingeordnet werden müssen. Zu denken sei vor allem an die Bildungsexpansion oder die Herausbildung einer eigenständigen Jugendkultur. Dagegen gibt es mindestens drei »Lesearten« die die Rolle der Ereignisse gegenüber den Strukturen stärker betonen:

»1968« wird als »Kulturkampf« der libertären und antiautoritären Linken gegen Realismus und Pragmatismus denunziert. Als Folgen werden Sexualisierung, Verwahrlosung, Autoritätsverfall, Geburtenrückgang und sozialdemokratische Gleichmacherei kritisiert.

Eine positive Leseart, die aber ihren Frieden mit den Verhältnissen gemacht hat, lautet: »1968« führt zur »Neu- und Umgründung der Bundesrepublik«, die dadurch in den »Kanon der westlichen Demokratien« aufgenommen wird. Die Proteste werden als eine Art Katalysator einer »Fundamentalliberalisierung« gesehen und in eine Erfolgsgeschichte eingeschrieben.

Eine Lesart, die wir stark machen wollen ist, dass »1968« eine Revolte war, die die Verhältnisse in der Bundesrepublik grundlegend in Frage gestellt hat. Während in einigen Bereichen wichtige Verbesserungen erreicht wurden (Veränderung der Geschlechterverhältnisse, im Bildungssystem usw.), sind viele Emanzipationsforderungen bis heute uneingelöst.

## Folgen

»1968« veränderte nicht nur das politische System, sondern auch den Alltag, die Äußerungsformen der Sexualität und der Geschlechterverhältnisse, die Arbeitswelt, die Erziehung, die Kultur. Während dies auch im westeuropäischen Maßstab so gesehen wird, zeigen sich in der deutsch-deutschen Geschichte gewisse Verschiebungen: Was in der Bundesrepublik stärker sichtbar erscheint, existierte in der DDR bestenfalls untergründig und, wie etwa im Protest gegen die Intervention der Warschauer Pakt-Armeen gegen den Prager Frühling, punktuell. Erst zwanzig Jahre später kam es zu einer neuen Debatte um die Reform des Sozialismus. »1968« wirkt im Laufe der Jahre weit in den Alltag und in die Gesellschaft hinein. Vier inhaltliche und ein organisatorischer Punkt sind uns wichtig.

Die Revolten der »1968er Jahre« strebten eine Politisierung des »ganzen Lebens« an. Stärkster politischer Ausdruck davon war, auch bereits in Abgrenzung gegenüber den Erfahrungen zwischen 1967 und 1969, die zweite Frauenbewegung.

Eine weitere Folge der »1968er« war, dass das linke Fortschrittsdenken in Frage gestellt wurde. Dies äußerte sich in der Umwelt- und Atomkraftbewegung, aber auch in der Wissenschaftskritik allgemein. Eine Historiographie der »Stufenmodelle«, wie sie auch im westlichen Marxismus weit verbreitet war, wurde in diesen Bewegungen erschüttert.

Wichtig ist uns der »von unten« erfolgte Angriff auf die Lohn- und Fabrikarbeit. Viele wollen jetzt nicht mehr nur über die Größe

des Kuchens bestimmen, sondern auch darüber, wie und von wem er gebacken wird. Sprich: Weniger und vor allem anders arbeiten, andere Produkte herstellen. Zugleich mit diesem Angriff wurden Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise erschüttert: die Regulation des Arbeitsmarktes, die geschlechterspezifische Arbeitsteilung. Doch viele Elemente der Kritik der »neuen« Linken wurden schließlich individualisiert und durch neoliberale Politikformen absorbiert.

Nicht zuletzt kam es um 1968 zur einer Erweiterung linker Politikformen, die Ablehnung von Stellvertreterpolitik, eine Kritik am Delegations- und Repräsentationsprinzip, also den Prinzipien, die konstitutiv für Parteien waren und sind: Auch hier stellt sich wieder die Frage nach dem Verhältnis zwischen »alter« und »neuer« Linker.

## *Sind die Forderungen der feministischen Bewegung eigentlich eingelöst?*

»1968« war mehr als DIE LINKE darstellt – als Partei kann sie sich also nicht so einfach in diese Tradition stellen, es ist nur eine historische Wurzel der LINKEN. Es ist weiter konstitutiv für eine wirklich neue Linkspartei, wie sie mit den Folgen des Bruchs von 1968 umgeht, wie sie diese öffentlich verhandelt und in sich integriert. Also, wie sie heute auf die selektive Aufnahme der von den Protestbewegungen formulierten »Sozialkritik« und »Künstlerkritik« in und durch den Neoliberalismus reagiert. Die Bedeutung von Subjektivität und Individualisierung wird in der Linken bislang nicht ausreichend erkannt und zu gering oder falsch eingeschätzt.

Es ist wichtig, auf die Bedeutung von »1968« für die theoretische und praktische Geschichte der heutigen gesamtdeutschen Linken immer wieder hinzuweisen: Was bedeutet es zum Beispiel für den Subjektbegriff, wenn man diesen mit den Debatten um eine Reform des Sozialismus und die Herausbildung eines neuen Subjekttyps zusammen denkt, wie sie auch im realen Sozialismus Ende der

1960er Jahre stattfanden? Oder die Organisationsmodelle der Alternativbewegung der Post-1968er im Westen mit parteiförmigen Organisationsmodellen konfrontiert? Sind die Forderungen der feministischen Bewegung eigentlich eingelöst?

Es wäre – für eine emanzipatorische Perspektive – an der Differenz zwischen hegemonialer Rede und institutioneller Praxis und an einer tendenziellen Uneingelöstheit der Forderungen von »1968« festzuhalten. Das zweite meint, dass zum einen viele Forderungen, etwa nach mehr Mitbestimmung oder nach dem Ende der weltwirtschaftlichen Ausbeutung schlicht nicht erfüllt sind.

Zum anderen kann man kritisch prüfen, ob die Rede von Demokratisierung oder Liberalisierung wirklich einer Überprüfung in der Realität standhält. Ein Beispiel ist die »Innere Sicherheit«. Die westdeutschen

1970er Jahre, die heute in der Geschichtswissenschaft und in der sozialstaatlichen politischen Linken als Muster an Demokratisierung oder Liberalisierung gelten, waren die Phase mit den meisten Berufsverboten, der polizeilichen Einhegung und Niederschlagung von sozialen Bewegungen, von der »Terrorhysterie« ganz zu schweigen, oder gar der ausgefallenen »Demokratisierung hinter dem Werkstor«.

Das, was die Protestbewegungen wollten und innerhalb ihrer Aktionen auf die Tagesordnung setzten, ist heute nicht oder nur auf merkwürdig verdrehte Weise eingelöst. Der Versuch, die Geschichte neu zu erzählen ist damit zugleich der Versuch, ihr emanzipatorisches Potential neu zu begründen. Noch ist unklar, wie »1968« vierzig Jahre danach thematisiert werden wird. Es deutet sich allerdings bereits an, dass die beiden Varianten einer »liberalen« Rezeption, die Warnung vor

»Terror« und »Gewaltförmigkeit« einerseits und die Lobpreisung der »Fundamentalliberalisierung« andererseits erneut eine erhebliche Rolle spielen werden.

So wie die aktuellen Protestbewegungen waren die historischen Proteste Mehr und Anderes, sie gingen über die offiziellen und staatlichen Definitionen und Zuschreibungen hinaus, ihr Protest war kreativer, experimenteller, lag zwischen den Teilungen in »alt« und »neu«, »militant« und »friedlich«, »Reform« und »Revolution«, entwickelte einen eigenen Sinn und eine eigene Legitimität. Daran gilt es anzuknüpfen.

*Dr. Peter Birke, Historiker, freier Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Bernd Hüttner, Politikwissenschaftler, Regionalmitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bremen und Koordinator des Gesprächskreis Geschichte der RLS*

Jörn Schütrumpf

## »1968« in der DDR

*oder: Warum die Revolte in der Mokka-Milch-Eisbar stattfand*

Als Bundeskanzler Konrad Adenauer mit der Nachricht von Bauarbeiten auf Ostberliner Seite in den Sonntagmorgenstunden des 13. August 1961 geweckt wurde, bemerkte er erleichtert: Gott sei Dank. Moskau, in die Zwickmühle geraten, hatte dem drohenden Zusammenbruch der DDR eine strategische Niederlage vorgezogen. Vor den Mikrofonen sagte Adenauer dann aber anderes. Dazu hatte er allen Grund, denn die Westalliierten wollten wegen der Mauer keinen neuen Weltkrieg riskieren. Als die Ostberliner an diesem Morgen durch die Westberliner Rundfunkanstalten RIAS und SFB über die Sperrmaßnahmen informiert wurden, fiel ihre Reaktion nicht so einhellig aus. Viele knirschten mit den Zähnen, andere hingegen sahen nach den Wochen der Massenflucht Chancen für einen wirklichen Sozial-

ismus. Vor allem Intellektuelle, aber auch viele Jugendliche glaubten, im Schatten der Mauer endlich etwas Eigenständiges tun und so langfristig die Mauer überflüssig machen zu können. Das hoffte in der SED-Führung auch die Gruppe um den Alt-Stalinisten Walter Ulbricht, der wusste, dass Stalins Weg in die Irre geführt hatte und die DDR ihren eigenen Weg zu einem Sozialismus finden musste. Gegen den Widerstand seines einstigen Zöglings Erich Honecker brachte er unter der bis dahin undenkbaren Maxime »Der Jugend Vertrauen und Verantwortung« ab 1963 eine Liberalisierung ins Rollen, die vor allem die Wirtschaft, die Medien, die Literatur und die Filmkunst ergriff. Beat-Bands schossen aus dem Boden, 1964 zu Pfingsten brachte in Ostberlin das »Deutschlandtreffen der Jugend« nicht nur

eine vorher ungekannte Freizügigkeit, sondern mit einer täglichen Jugendsendung – »DT 64« – eine Öffnung zur westlichen Jugendkultur, auf die RIAS und SFB bald mit eigenen Sendungen – »Hey Music« und »SF-Beat« – antworteten. Es schien in den Jahren 1964 und 1965 so, als wäre in der DDR ein lebenswerter Sozialismus erreichbar.

Ulbricht handelte mit Rückendeckung des sowjetischen Staatschefs Chruschtschow, doch der wurde 1964 von einer neostalinistischen Fraktion gestürzt, die auch die DDR, den Mini-Staat an der verwundbaren Westgrenze ihres Imperiums, zurück in die Dumpfheit einer unverhüllten Apparatschik-Diktatur zurückzwingen wollte. Honecker als der Sicherheitschef der SED, und sein Zuarbeiter, MfS-Chef Mielke, begannen, Material über

Jugendliche zu sammeln, die mit der Doppelmoral gebrochen hatten, die der nachfaschistischen Bevölkerung und ihren stalinistischen Zuchtmeistern, darunter nicht wenige gewendete Hitlerjungs, gemeinsam war. Die sexuelle Freizügigkeit grassierte; kritische Filme entstanden; Schriftsteller machten sich »mausig«; im Hort des DDR-Stalinismus, in Leipzig, versammelten sich am 30. September 1965 Tausende Jugendliche gegen das Verbot der Beat-Gruppe »The Butlers« und wurden brutal zusammengeschlagen. Kurz zuvor war während eines Stones-Konzertes in Westberlin die »Waldbühne« zu Bruch gegangen. Die Herrschenden beiderseits der Mauer bliesen zum Sturm auf die Jugend.

In Ostberlin hatte das verheerende Wirkungen. Auf einem SED-Plenum im Dezember 1965 klagte Honecker Ulbrichts Politik an. Der konnte sich nur retten, indem er diese Politik verriet und ins gegnerische Lager wechselte.

Danach endete das vermeintliche Tauwetter abrupt: Nicht nur wurden die gesamte Produktion der DDR-Filmfirma DEFA des Jahres 1966 und viele Bücher verboten. Aufsässige und langhaarige Jugendliche verschwanden in Arbeitslagern, die Ende August 1961 eingerichtet, aber bis dahin kaum genutzt worden waren. Mit der abschreckenden Wirkung erschlug die SED-Führung ihre strategischen



Kontrahenten: Walter Ulbricht und Alexander Dubček im Jahre 1968

Potentiale. Viele Studenten und Intellektuelle zogen sich in ein Dasein zwischen innerer Emigration und äußerlicher Zustimmung, zwischen Freundeskreis und SED-Parteigruppe zurück. Der Traum von einem Sozialismus ohne Mauer war ausgeträumt.

Als sich im Frühjahr 1968 in Warschau die Studenten zum Ausstand sammelten, trafen sich in Berlin lediglich noch die flügge gewordenen Kinder des SED-Adels in der chi-

cen Mokka-Milch-Eisbar an der ehemaligen Stalinallee zum Räsionieren und landeten in MfS-Kellern. Nach dem Einmarsch in Prag im August 1968 fahndeten SED und Stasi nach versprengten Gegnern. Dort, wo sie keine fanden, erfanden sie oftmals welche. Das erhoffte »Tauwetter« erwies sich als Beginn einer neuen Eiszeit.

*Dr. Jörn Schütrumpf ist Geschäftsführer des Karl Dietz Verlags Berlin.*

Holger Politt

## Polens 68

Zur politischen Vorgeschichte der Ereignisse des Jahres 1968 in Polen gehören ein öffentlicher Brief protestierender Intellektueller und ein auf dem Kongress der Einheitsgewerkschaft gehaltener Vortrag des damaligen mächtigsten Mannes im Lande. Im März 1964 meldeten 34 Persönlichkeiten aus Kultur und Wissenschaft in einem an den Ministerpräsidenten des Landes gerichteten offenen Brief ihre Kritik an der üb-

lichen Praxis der Papierzuteilung an Buch- und Zeitungsverlage an. In der Konsequenz – so die Unterzeichner des Briefes – werde die Substanz der nationalen Kultur gefährdet. Eine deutlichere Kampfansage bekam Władysław Gomułka seit seinem zweiten Machtantritt 1956 noch nicht zu hören. Mit dem Argument des fehlenden und falsch zugeteilten Papiers wurde die Hoheit der staatlichen Kulturpolitik in Frage gestellt.

Polens Öffentlichkeit erfuhr von dem Brief aus dem Westen, durch die Ätherwellen des Radiosenders »Freies Europa«.

Auf der Seite der Mächtigen wurde der Brief zunächst als unliebsamer Ausdruck der seit 1956 eingeleiteten Liberalisierung im öffentlichen Leben gewertet. Als aber in der Folge mehrere Dutzend Schriftsteller, die selbst ein Parteibuch besaßen, ihre Unterschriften

unter ein Dokument verweigerten, mit dem den Briefunterzeichnern vorgehalten wurde, in die Angelegenheiten des Landes mittels eines ausländischen Senders eingreifen zu wollen, wurde die Dimension klarer. Die von der Staats- und Parteiführung seit 1956 angestrebte Vision einer – wenn auch breit verstandenen – »politisch-moralischen Einheit des Volkes« begann sich als jene Fiktion zu erweisen, die sie von Anfang an gewesen war. Die folgenden Breschen ließen nicht lange auf sich warten. Karol Modzelewski und Jacek Kuroń, junge Parteimitglieder aus dem akademischen Milieu, warteten mit einem offenen Brief an die PVAP-Mitglieder auf, der ihnen die ersten Jahre ihrer langen Haftzeiten in der Volksrepublik einbrachte.

Im Juni 1967 verstieg sich Gomułka vor dem Gewerkschaftskongress zu der Feststellung, dass ein Bürger Polens nur ein einziges Vaterland haben könne. Er sprach im gleichen Zusammenhang von einer fünften Kolonne, deren Wirken nicht tatenlos hingenommen werde. Er bezog sich auf dienstliche Berichte, nach denen in zahlreichen Redaktionsstuben des Landes der Sieg der israelischen Waffen im nahöstlichen Sechs-Tage-Krieg feierlich begossen wurde. Es könne nicht angehen, so der Erste Sekretär, dass in Polen ein Aggressor verherrlicht werde, der den Weltfrieden – von dem Polens Schicksal abhängt – gefährde. Diejenigen aber, die diese Worte auf sich bezögen, sollten die für sie richtigen Schlussfolgerungen ziehen.

Unmittelbarer Auslöser der 68er Ereignisse in Polen war nun wieder ein Theaterstück – die »Totenfeier« des Nationaldichters Adam Mickiewicz, dessen dritter – messianischer – Teil im November 1967 am Warschauer Nationaltheater zur Aufführung gelangte. Kaum aufgeführt, hagelte es auch schon Proteste, die dem Regisseur unterstellten, leichtfertig einer Provokation aufgesessen zu sein, schüre das Stück doch in der polnischen Öffentlichkeit antirussische Ressentiments, die wenig passten zu den Feierlichkeiten des 50. Jahrestags des Großen Sozialistischen Oktobers. Mickiewicz schrieb den dritten Teil der »Totenfeier« nach der

Niederlage des Novemberaufstands von 1830/31, der ersten großen nationalen Erhebung der Polen nach der Vollendung der Dreiteilung des Landes. Da dieser Aufstand nur auf russischem Gebiet stattfand, hatte der Dichter in der Tat an mehreren Stellen wenig Schmeichelhaftes anzumerken zu den Herrschaftspraktiken jener, die die Insurrektion blutig niederschlugen.

Ein historischer Stoff also, wie er in Polen unumgänglich ist. Den Beifall des Publikums an entsprechenden Stellen in den Vorwurf zu münzen, hier werde auf Polens Stellung als Bündnispartner der Sowjetunion angespielt, war politische Dummheit oder kalkulierte politische Unterstellung. Das Stück, so konnte man amtlicherseits bald vernehmen, werde Ende Januar 1968 wieder vom Spielplan genommen.

Gegen diese Entscheidung regte sich Protest unter Warschauer Studenten. Angeführt u. a. von Adam Michnik, der bald neben Modzelewski und Kuroń zum prominentesten politischen Häftling des Landes werden sollte, zogen sie zum Adam-Mickiewicz-Denkmal nahe der Altstadt und forderten die sofortige Wiederaufführung des Stückes. Unterstützung fanden sie zuvörderst bei jenen, die vier Jahre zuvor den Brief der 34 unterzeichneten. Das konnte als Kampfansage verstanden werden, was Repressionen nach sich zog. Bestraft wurden die beiden als »Rädelsführer« ausgemachten Studenten, die von der Uni flogen.

Am 8. März 1968 kam es auf dem Gelände der Warschauer Uni zu einem Protestmeeting, auf dem u. a. die Rücknahme der Relegierungen gefordert wurde. Gegen die



»Prager Frühling«: Der gescheiterte Aufbruch im Osten



protestierenden Studenten kamen Spezialeinheiten der Miliz zum Einsatz, die hier ihre Feuertaufe erhielten. An ihrer Seite standen Arbeitermilizen aus Warschauer Großbetrieben. Unter den zahlreich Festgenommenen fanden sich einige, die mehrere Jahre später zu den geistigen Aktivposten in der »Solidarność«-Bewegung gehörten. In der Presse wurde kundgetan, dass es zu Störungen des Straßenverkehrs gekommen sei, weil eine kleine Gruppe von Studenten, der sich Rowdys zugesellten, auf dem Uni-gelände den Lehrbetrieb störte. In den Folgetagen kam es an Hochschulen im ganzen Land zu Solidaritätsaktionen. Höhepunkt der Studentenproteste war ein dreitägiger Okkupationsstreik an der Warschauer Uni, an dem über 2000 Studenten beteiligt waren. Ende März waren die Proteste, an denen sich Zehntausende Studenten beteiligten, vorbei.

Die Mächtigen reagierten auf ihre Weise – also hilflos – und summten ein Lied zu Ende, welches Gomułka im Juni 1967 selbst angestimmt hatte: die fünfte Kolonne. Auf

eiligst im ganzen Land organisierten Massenveranstaltungen der Werktätigen wurde der Schulterschluss mit dem Ersten Sekretär erklärt, zugleich aber die Forderung erhoben, dass die »Zionisten nach Israel« auswandern müssten. »Studenten in die Studierstube«, »Schriftsteller an die Feder«, »Zionisten nach Israel« – so stand es landauf, landab auf den mitgeführten Plakaten. An den Hochschulen wurden Flugblätter verteilt, auf denen z. B. zu lesen stand: »Wen unterstützt ihr? Adam Michnik – Sohn von Ojzjasz Szechter, Aleksander Smolar – Sohn des Redakteurs der Folks Sztymme, Henryk Szlajfer – Sohn eines Zensors«.

Ende März 1968 verloren mehrere bekannte Hochschullehrer jüdischer Herkunft ihre Lehraufträge an der Warschauer Uni, unter ihnen Polens weltbekannter Philosoph Leszek Kołakowski, der jüngst in Oxford seinen 80. Geburtstag beging. In den Jahren 1968/69 verließen mehrere Zehntausend Menschen jüdischer Herkunft das Land. Wer heute die »Politischen Tagebücher« von Mieczysław F. Rakowski zur Hand nimmt,

bekommt einen bestechend klaren Eindruck von der gespenstischen Stimmung jener Wochen. Rakowski, damals Chefredakteur der von verschiedener Seite als »revisionistisch« eingestuften Wochenzeitung »Polityka«, notierte in jenen Tagen nach einem ZK-Treffen mit Chefredakteuren entsetzt: »Ich kann nicht mehr ruhig auf einige meiner Kollegen schauen, die die Spitze des Niedergangs erreicht und sich vollkommen beschmutzt haben«.

Die Ereignisse im März 1968 fanden vor dem Hintergrund scharfer Fraktionskämpfe in der PVAP statt, bei denen es um die Nachfolge Gomułkas ging. Der Verlierer stand aber von vornherein fest – die Option einer sich emanzipatorisch verstehenden, nichtkapitalistischen Gesellschaft.

*Dr. Holger Politt ist Leiter des Büros Mittel- und Osteuropa der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau.*

*Ruben Lehnert/Luigi Wolf*

## Eine Frage der Organisation: der SDS damals und heute

40 Jahre 1968. Ob Kino, Talkshow, Hochglanzmagazin oder Feuilleton – seit Monaten greift das Jubiläum der 68er-Bewegung Raum. Und die veröffentlichte Meinung ist sich mehrheitlich einig: 1968 war ein kulturrevolutionärer Sex-, Drugs- & Rock 'n' Roll-Aufbruch oder alternativ: ein ideologischer Wahn, der in der RAF münden musste. Das Prisma der aktuell hegemonialen Geschichtsschreibung prägt die offizielle Erinnerung. Absätze, Seiten, gar ganze Kapitel der Geschichte geraten so in Vergessenheit. Diese wieder ins kollektive Gedächtnis zu rufen, ist nicht nur Pflicht gegenüber der historischen

Vollständigkeit. Die nicht eingemeindeten Fragmente dieser unterdrückten Geschichte können bei näherem Betrachten zu Ausgangspunkten von Diskussion für Akteure werden, die heute aufbrechen, um an der herrschenden Ordnung der Welt zu rütteln:

Die weltumspannende Bewegung gegen den Vietnamkrieg, die die Supermacht USA in die Knie zwang, bildeten nicht nur der oft idealisierte Vietkong und die meist studentischen Proteste in den westlichen Industriestaaten. Maßgeblich für diesen Erfolg waren US-amerikanische Soldaten, die zu Tausenden deser-

tierten, Anti-Kriegs-Zeitungen herausgaben und in mehreren hundert offiziell registrierten Fällen die Offiziere ermordeten, die ihre Truppen fanatisch in den Krieg trieben.

Verschüttete historische Mosaiksteine existieren auch in Europa, wo die 68er-Bewegung von den meinungsprägenden Medien meist als eine rein studentische Bewegung dargestellt wird. Der Sammelband »1968 und die Arbeiter« belegt, dass die Politik in vielen Ländern des Westen in der Post-1968-Phase vom »Proletarischen Mai« geprägt wurde. Ein Begriff den die herrschende Ge-



Foto: PhotoCase.com

schichtsschreibung höchstens für Frankreich gelten lässt<sup>1</sup>. Tatsächlich entstanden aber in den Folgejahren von 1968 in vielen Ländern Westeuropas Arbeiterbewegungen, die die Fundamente des damaligen Kapitalismus erschütterten: An Weihnachten 1973 gestand der britische Industrieminister John Davies seiner Familie, er fürchte, dies könnten die letzten gemütlichen Weihnachten sein. Es bahnte sich eine soziale Revolution an.

Ähnliches gilt für die Entstehung der Frauenbewegung in der Bundesrepublik: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), der wichtigste Zusammenschluss in der damaligen Bewegung in Westdeutschland, wurde von seinen weiblichen Mitgliedern nicht nur als Hort der Bevormundung wahrgenommen. In dem Buch »Warum flog die Tomate?« kommen auch Frauen zu Wort, für die der SDS damals einer der wenigen Orte war, der Frauen für politische Diskussionen zur Verfügung stand. Mit einem vergleichsweise hohen Frauenanteil konnte die politische Praxis der SDS-Frauen zum Ausgangspunkt für die theoretischen und

praktischen Ursprünge der entstehenden Frauenbewegung werden<sup>2</sup>. Deswegen flog die Tomate gerade auf einer Delegiertenkonferenz des SDS.

Die meisten Analysen der 68er-Bewegung überhöhen vermeintlich kopernikanische Wenden in Kultur, Produktions- oder Akkumulationsweise dergestalt, dass sie die Subjekte der Bewegung erschlagen. Ihnen mangelt es vor allem an einem: einer angemessenen Würdigung der Organisationsfrage.

Das Jubiläum sollte deshalb Anlass sein, die Geschichte des SDS zu beleuchten. Sein Weg zum Organisator der Revolte war beschwerlich: Am Anfang stand die Wiederentdeckung eines pluralen Marxismus; auf die wegweisenden Analysen der Rolle der Hochschule im Spätkapitalismus folgte die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Gewerkschaften bei den Protesten gegen den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze in den späten 1960er Jahren. In deren Verlauf wurde aus dem SDS eine Organisation, die

Tausende Studentinnen und Studenten für marxistische Politik begeisterte.

Nicht um Verklärung oder distanzlose Übertragung historischer Strategien geht es. Aber die Kenntnis dieser verschütteten Kapitel der Geschichte, insbesondere derjenigen politischer Organisation, kann Inspiration für Menschen sein, die sich heute gemeinsam auf den Weg machen, die Welt vom Kopf auf die Füße zu stellen<sup>3</sup>.

*Ruben Lehnert ist Vorsitzender des Förderkreises demokratischer Volks- und Hochschulbildung ([www.foerdererkreis.de](http://www.foerdererkreis.de)).*

*Luigi Wolf ist Geschäftsführer von DIE LINKE.SDS ([www.linke-sds.org](http://www.linke-sds.org)).*

## Veranstaltung

Vom 2. bis zum 4. Mai 2008 findet in Berlin der Kongress »40 Jahre 1968 – Die letzte Schlacht gewinnen wir!« statt, den DIE LINKE.SDS und linksjugend [solid] ausrichten ([www.1968kongress.de](http://www.1968kongress.de))

1 Bernd Gehrke/Gerd-Reiner Horn (Hrsg.): 1968 und die Arbeiter. Studien zum »proletarischen Mai« in Europa, VSA-Verlag, 2007.

2 Gisela Notz: Warum flog die Tomate? Die autonome Frauenbewegung der Siebzigerjahre, AG Spak, 2006, S. 12–27.

3 DIE LINKE.SDS (Hrsg.): Organisation in Bewegung, vor. Februar 2008.

# Ausgewählte Veranstaltungen

## Das lange Jahr 1968 – Deutungen und Folgen Bundesweite Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu »40 Jahre 1968«

### 22. und 23. Februar Universität Bremen Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas

Tagung der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts an der Universität Bremen  
Unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Mit Stefan Bollinger, Angelika Ebbinghaus, Bernd Gehrke, Florian Havemann, Peter Heumos, Ute Kätzel, Boris Kanzleiter, Marc-Dietrich Ohse, Jan Pauer, Jörg Roesler, Karol Sauerland, Feliks Tych u. a.  
Detailliertes Programm: [www.stiftung-sozialgeschichte.de](http://www.stiftung-sozialgeschichte.de)  
Kontakt: [huettnner@rosalux.de](mailto:huettnner@rosalux.de)

### 25. und 26. April Universität Hamburg, Flügelbau Ost, Raum 221 Alte Linke – neue Linke? Die Protestbewegungen der 1968er Jahre in Westdeutschland und Europa

Tagung des Gesprächskreis Geschichte der RLS und des Fachschaftsrats Psychologie der Universität Hamburg  
Mit Knud Andresen, Hamburg; Manuela Bojadzijev, London/Berlin; Peter Chotjewitz, Stuttgart; Angelika Ebbinghaus, Bremen; Christian Frings, Köln; Haris Golemis, Athen; Paul Ginsborg, Florenz; René Karpantschhof, Kopenhagen; Gisela Notz, Berlin; Gottfried Oy, Frankfurt, u. a.  
Kontakt: [huettnner@rosalux.de](mailto:huettnner@rosalux.de)  
Programm: [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

### 1. März Jena Politischer Protest und gesellschaftlicher Wandel

RLS Thüringen  
[www.rosa-luxemburg-stiftung-thueringen.de](http://www.rosa-luxemburg-stiftung-thueringen.de)

5. März  
Essen  
Die 68erinnen – Rebellische Frauen und Politik als »Männersache«  
Mit Frigga Haug

5. März  
Berlin  
Konferenz  
1968 – Neue Fragen und neue soziale Bewegungen treten auf den Plan  
Helle Panke, Veranstaltungsreihe »Zäsur 68 – Langzeitwirkungen einer »Weltrevolution«  
Details: [www.helle-panke.de](http://www.helle-panke.de)

27. März  
Hamburg  
Vortrag  
40 Jahre »Prager Frühling« – Wie aktuell ist Ota Siks Modell eines Dritten Weges?  
[www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de](http://www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de)

15. April  
Siegen  
Film  
»The Weather Underground« (OF)

18. April  
Berlin  
Konferenz  
»1968 – zwischen Weltenwende, Revolte und Sackgasse«  
Helle Panke, Veranstaltungsreihe »Zäsur 68 – Langzeitwirkungen einer »Weltrevolution«  
Details: [www.helle-panke.de](http://www.helle-panke.de)

19. April  
Berlin  
Konferenz  
Aufbruch, Revolte, Rückschlag – die widersprüchliche Bilanz des Jahres 1968  
Helle Panke, Veranstaltungsreihe »Zäsur 68 – Langzeitwirkungen einer »Weltrevolution«  
Details: siehe [www.helle-panke.de](http://www.helle-panke.de)

22. April  
Siegen  
»Geschichte und Resultate der neuen Marx-Lektüre«  
Mit Ingo Elbe

Mai  
Tagung  
Was war »1968« und was ist seine Relevanz für die heutige Linke?  
Kontakt: Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg,  
Tel. 0711 6936607, [www.rlf-bw.de](http://www.rlf-bw.de)

9.–12. Mai  
Dortmund  
BuKo31-Kongress  
Homepage: <http://www.buko.info/kongress/buko31/vorbereitung/kommunique.html>

9. Mai bis 18. Mai  
Berlin  
Begleitprogramm zur Filmwoche des Kino Babylon (Rosa-Luxemburg-Str. 30, 10178 Berlin)  
Mai 1968. Film und Politik in Frankreich.  
Mai 1968. Von der Brüchigkeit der Ordnungen.  
in Zusammenarbeit mit der Neuen Babylon Berlin GmbH  
Kontakt: Michaela Klingberg,  
Tel. 0162 2011042,  
[kulturforum@rosalux.de](mailto:kulturforum@rosalux.de)

30. Mai  
Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung,  
Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin  
Tagung/Konferenz  
Das Jahr 68 – in Kraft treten der Notstandsgesetze: 40 Jahre später  
Tagung mit der Bundestagsfraktion DIE LINKE  
Mit Jan Korte, MdB  
Kontakt: Cornelia Hildebrandt,  
Tel. 030 44310-168,  
[hildebrandt@rosalux.de](mailto:hildebrandt@rosalux.de)

10. Juni  
Bochum  
Katakombensozialismus – Die Linke an den Hochschulen vor »68«  
mit Thorsten Koska, M.A.

19. Juni  
Potsdam  
Konferenz  
Zwischen NÖS, Prager Frühling und neuer Eiszeit – Der Osten gibt sich auf  
RLS Brandenburg, [www.rls-bbg.de](http://www.rls-bbg.de)

»68« wirkt.  
Die »68er-Bewegung« und ihre politische Aktualität.  
... aus einer »Ost«-Perspektive  
20. Juni 18–22 Uhr  
Diskussion mit Protagonisten aus Polen, der ehemaligen Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR.  
... aus einer »West«-Perspektive  
21. Juni 15–21 Uhr  
Diskussion mit Protagonisten aus Italien, Frankreich, Niederlande, Portugal und Deutschland.  
Ökohaus (Ka Eins), Kasseler Str. 1 a, 60486 Frankfurt am Main  
Unkostenbeitrag: 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro

20. bis 22. Juni  
Burg Waldeck, 56290 Dorweiler  
Kulturseminar  
Das linke politische Lied von 68 bis heute  
[www.jenny-marx.de](http://www.jenny-marx.de)

28. bis 29. Juni  
Magdeburg  
Tagung/Konferenz  
Der Prager Frühling – Personen und Visionen  
Anmeldung erforderlich!  
Kontakt: Bildungsverein Elbe-Saale, GS Magdeburg, Tel. 0391 25191475, [www.bildungsverein-elbe-saale.de](http://www.bildungsverein-elbe-saale.de)

8. Oktober  
Berlin  
Konferenz  
Hörsäle, Fabrikhallen, Barrikaden – nicht nur das Jahr 1968 im Westen  
Helle Panke, Veranstaltungsreihe »Zäsur 68 – Langzeitwirkungen einer »Weltrevolution«  
Details: siehe [www.helle-panke.de](http://www.helle-panke.de)

11. Oktober  
Leipzig  
Konferenz  
Das Werk von Wolfgang Abendroth und Leo Kofler mit Blick auf die Tradition des Jahres 1968  
VIII. Rosa-Luxemburg-Konferenz der RLS Sachsen  
Kontakt: RLS Sachsen, Harkortstr. 10, 04107 Leipzig, Tel. 0341 9608531, [RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de](mailto:RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de)

Sonderseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen zu »40 Jahre 1968« mit allen Terminen in Nordrhein-Westfalen und Texten »40 Jahre 1968 – Geschichte wird gemacht, damals wie heute« unter <http://AG68.rls-nrw.de>

# Die RLS Thüringen in 6.000 Zeichen vorstellen ...

... wie geht das? Vielleicht so:

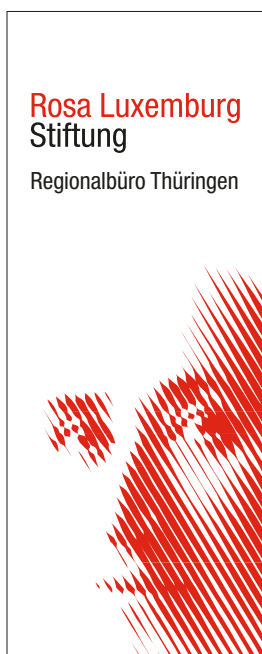
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Thüringen e.V.  
Käthe-Kollwitz-Str. 6  
07743 Jena  
Tel. 03641 449432  
Fax 03641 426553  
vorstand@rosa-luxemburg-  
stiftung-thueringen.de  
www.rosa-luxemburg-stiftung-  
thueringen.de

Zwischen dem »Geburtstag« des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. im Mai 1992 und dem Jahresbeginn 2008 liegen nicht nur einfach 16 Jahre und zwei Satzungsänderungen. Damals bekundete eine überschaubare Zahl von Enthusiasten mit der Vereinsgründung ihren Willen, sich nicht ins Private zurückzuziehen, sondern Antworten auf die bohrenden Fragen nach den Ursachen für das Scheitern einer Gesellschaftsordnung zu finden und mit anderen darüber nachzudenken, welche gesellschaftlichen Alternativen es zum ungebremsten »Turbo«-Kapitalismus gibt. Die Dringlichkeit der Auseinandersetzung mit diesen Problemen ist seither noch gestiegen; gleichzeitig hat sich die nunmehrige Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V. mit ihren mehr als 90 Mitgliedern und einer Vielzahl verschiedener Kooperationspartner als ernstzunehmender Anbieter linker politischer Bildungsangebote in Thüringen etabliert und ist fest in den bundesweiten Stiftungsverbund integriert. Spätestens seit der Gründung der neuen Partei DIE LINKE. steigen natürlich auch in Thüringen die Bedürfnisse nach vielseitigen, aktuellen, attraktiven Bildungsangeboten im linken Spektrum. Wir blicken auf ein Jahr zurück, in dem wir mit 153 Veranstaltungen ca. 2.800 Menschen erreicht haben, wobei das Themenspektrum von den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen bis zu philosophischen Aspekten des Gerechtigkeitsbegriffes, von regionalen Wirtschaftskreisläufen bis zum politischen Aktionstheater, von Rechtsextremismus in Thüringen und der EU bis zu den Erfahrungen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterparteien für die neue Linke reichte.

Was wir für 2007 ebenfalls bilanzieren müssen: Die Landesregierung hat ein weiteres Mal am Beispiel ihrer Förderpraxis für die politischen Stiftungen in Thüringen ihr »Demokratieverständnis« demonstriert. Nach einem verlorenen Rechtsstreit musste der Freistaat im Jahr 2000 unserem Verein erstmals eine Förderung gewähren. 5 Jahre später klagten wir erneut – gegen eine Praxis, die uns, die der zweitstärksten politischen Kraft in Thüringen nahestehende Stiftung, mit gera-

de mal einem Neuntel der gesamten Landesmittel für Politische Stiftungen abspeist. Das ist die gleiche Summe, die Naumann- und Böll-Stiftung erhalten (die zwei Parteien nahestehen, welche seit mehreren Wahlperioden nicht mehr im Landtag vertreten sind), während Adenauer- und Ebert-Stiftung jeweils mit der dreifachen Fördersumme arbeiten können. Im Juli 2006 stellten die Richter des Verwaltungsgerichts Gera in ihrer Urteilsbegründung fest, dass die durch die Landesregierung praktizierte Verteilung den Gleichheitssatz des Grundgesetzes verletzt, willkürlich und rechtlich nicht tragfähig ist. Das Urteil schloss Berufung aus. Die Landesregierung beantragte dennoch beim Oberverwaltungsgericht in Weimar Zulassung einer Berufung. Dort liegt dieser Antrag noch heute – nach nahezu anderthalb Jahren – unentschieden herum, während die rechtskräftig festgestellte Verletzung des Grundgesetzes per Zuwendungspraxis 2007 munter weitergeht und auch im Thüringer Haushaltsgesetz 2008 fortgeschrieben wird.

Wir setzen die juristische Auseinandersetzung fort und der hier demonstrierten Ignoranz und Arroganz der CDU-Regierung eine Intensivierung unserer Bildungsarbeit gerade auch in der Landeshauptstadt entgegen: Nach längeren Vorbereitungen wird am 5. März 2008 das neue Regionalbüro der RLS Thüringen in Erfurt eröffnet. Hier befindet sich dann der Arbeitsplatz unseres neuen Bildungsreferenten Bernd Löffler. Zentral gelegen, soll das neue Büro u.a. Anlaufstelle für jüngere Leute werden. Mit der Büroeröffnung verbinden sich einige Hoffnungen. Die Arbeit der Stiftung soll sich konzeptionell und inhaltlich ausweiten. Es sollen Schwerpunkte bearbeitet werden, die bisher eher am Rande der Themenliste standen: Globalisierungskritik; soziale Bewegungen in Europa, Lateinamerika, Afrika und Asien; Ökologie und Nachhaltigkeit. Daneben ist vor Ort »Kleinarbeit« zu leisten: Die Gewinnung neuer UnterstützerInnen, der Aufbau ehrenamtlich arbeitender Gruppen, die Stärkung und der Ausbau der Kooperation mit der RLS nahestehenden Gruppen und Organisationen, Angebote der »aufsuchenden Bildungsarbeit«.





Neuland beschritten haben wir in den vergangenen Jahren auch, als wir die Jugendbildung zu einem gleichberechtigten Aufgabengebiet unseres Vereins erklärten. Mit der Gründung eines Jugendbildungsbeirates haben wir ein Gremium geschaffen, in dem ganz verschiedene Akteure linker politischer Jugendbildung gemeinsam über die Verteilung der Ressourcen beraten, durchaus

auch streiten, und Empfehlungen aussprechen, die dem Vereinsvorstand als Orientierung bei der Mittelvergabe dienen. Der Beirat versteht sich also als eine kooperative, dezentrale Plattform und institutionelle Schnittstelle zwischen Trägern der linken Jugendbildung in Thüringen und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V. Seine Mitglieder streben gleichzeitig auch unter-

einander eine stärkere Zusammenarbeit an. Ziel des Jugendbildungsbeirates ist also nicht eine Zentralisierung linker Jugendbildungsangebote »von oben«, sondern deren Öffnung und Anpassung an das breite Spektrum linker Jugendbildung in Thüringen.

Wer noch mehr über uns wissen oder bei uns mitarbeiten will, ist willkommen!

## Jüngste Publikationen der RLS Thüringen

- Mario Hesselbarth/Eberhart Schulz/Manfred Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen – Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen, Jena 2006, 496 S.
- Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena (GS-Reihe) 1951–1990. Gesamtbibliographie. Zusammengestellt und eingeleitet von Michael Eckardt, Jena 2006, 256 S.
- Ronald Sassning: Rückblicke auf Ernst Thälmann. Der Umgang mit dem KPD-Führer im Widerstreit der Meinungen, Jena 2006, 116 S.
- Der Nürnberger Prozeß: Genutzte oder vergessene Geschichtslektion? Protokollband einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., Jena 2007, 140 S.
- Gemeinschaftlich bewegte Wissenschaft. Resultate und Erfahrungen gesellschaftswissenschaftlicher Forschung in den 1970er und 1980er Jahren an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Protokollband einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., Jena 2007, 146 S.
- Manfred Weißbecker (Hrsg.): Hoffnungen, Enttäuschungen, neue Erfahrungen. Deutsche Hochschullandschaft in der »Wende«. Das Beispiel Friedrich-Schiller-Universität, Protokollband einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., Jena 2007, 284 S.
- Als liberaler Demokrat in Sowjetrußland 1925: Herman Anders Krüger. Jena 2007, 116 S.

Florian Weis, Lutz Kirschner

# Seit Januar: RLS in allen »alten« Bundesländern mit Regionalbüros vertreten

Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie feste Büros sind nicht alles in der politischen Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ohne sie aber ist die kontinuierlich zunehmende Zahl an Bildungsveranstaltungen und anderen Projekten auf Dauer nicht zu bewältigen. Mit über 450 Veranstaltungen im vergangenen Jahr in den westdeutschen Ländern (nach über 400 im Jahre 2006, aber kaum mehr

als 100 im Jahre 2000) ist mittlerweile eine Größenordnung erreicht, die ohne Hauptamtlichkeit auf Dauer weder organisatorisch gesichert noch perspektivisch inhaltlich strukturiert werden kann.

Deshalb schließt die RLS ihren 2006 begonnenen Weg der Schaffung von (gegenwärtig nur Teilzeit-) Stellen in den »alten« Bundesländern Anfang 2008 mit der Ein-

richtung von Stellen und Büros auch in Kiel, Hannover und Mainz vorläufig ab. Sie ist damit erstmals in allen 10 westdeutschen Bundesländern mit eigenen Räumen und eigener Hauptamtlichkeit präsent und trägt damit einerseits den stark gewachsenen Anforderungen und Möglichkeiten linker politischer Bildungsarbeit, andererseits der erfolgreichen Bildung der Partei DIE LINKE Rechnung.

In Duisburg, Bremen Frankfurt und Stuttgart existieren bereits seit 2006, z. T. auch schon deutlich länger, Büros, in denen auch kleinere Veranstaltungen und Gesprächsrunden stattfinden. 2007 kamen Saarbrücken und München, wo nunmehr regelmäßige Werkstattgespräche angeboten werden, hinzu. In den nächsten Wochen werden schließlich auch Büroräumlichkeiten in Hamburg, Hannover, Kiel und Mainz zur Verfügung stehen. Dabei kooperiert die RLS an einigen Standorten mit anderen Einrichtungen, so etwa der VVN in Saarbrücken, der linksgewerkschaftlichen Zeitschrift *express* in Frankfurt oder dem DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialwissenschaften) in Duisburg. Diese unterschiedlichen Bürogemeinschaften verdeutlichen auch die Spannweite der Kontakte und Kooperationen der regionalen Bildungsarbeit und tragen der Vielfalt der westdeutschen Linken (über die gleichnamige Partei hinaus) Rechnung.

### **»Die RLS begreift sich als eine für die gesamte BRD zuständige Stiftung, nicht als die Hanns-Seidel-Stiftung des Ostens«**

Aus: RLS-Papier, Oktober 2002

Die Regionalmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sind das Scharnier zwischen der Stiftung mit ihrem Hauptsitz in Berlin und den eigenständigen Landesstiftungen im jeweiligen Bundesland. Sie können und wollen dabei die ehrenamtliche Bildungs- und Vereinsarbeit der Landesstiftungen und vielfach auch der Rosa-Luxemburg-Clubs nicht ersetzen, sondern unterstützen und noch enger mit der bundesweiten Arbeit verknüpfen. Die Veranstaltungsplanung und die Schwerpunktsetzung der jeweiligen Arbeit erfolgt im Zusammenwirken der Gremien der Landesstiftungen (Vorstände, Mitgliederversammlungen; z.T. auch AG's zur Vorbereitung von Schwerpunktprojekten, Beiräte wie in Bremen, Hamburg und NRW, Clubs und lokale Foren) und der Regionalmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, wobei

die Landesstiftungen eigenständig über die Verwendung der von der RLS zur Verfügung gestellten Globalmittel entscheiden. Der Erhalt, ja der Ausbau der ehrenamtlichen Arbeit stellt eine Priorität der RLS-Arbeit in den Bundesländern dar. Nur so lässt sich eine breite Verankerung in der Fläche, wie sie gegenwärtig insbesondere in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen über lokale Rosa-Luxemburg-Clubs anzutreffen ist, gewährleisten. Darüber hinaus ist eine starke Ehrenamtlichkeit in den Landesstiftungen und RL-Clubs aber auch von zentraler Bedeutung, um die erwähnte Vielfalt an Kontakten, Netzwerken und Standpunkten in die bundesweite Bildungsarbeit einzubringen. Diese Vielfalt stellt einen Meinungs- und Erfahrungsreichtum dar, auf den die Stiftung nicht verzichten kann und darf. Im laufenden Jahr wird sich dies u.a. in den sehr unterschiedlichen Aktivitäten und Blickwinkeln zum Thema »40 Jahre 1968« niederschlagen, das in der Arbeit fast aller Landesstiftungen einen Schwerpunkt bildet. »1968« ist auch ein gutes Beispiel dafür, wie ein Regionalmitarbeiter, in diesem Falle Bernd Hüttner in Bremen, eine koordinierende Federführung für ein Themenfeld bzw. einen Gesprächskreis für die gesamte Stiftung und ihren Verbund übernehmen kann. Als weitere Beispiele sind der 2008 aufzubauende GK Migration (Federführung Susanne Spindler) oder die Beiträge von Meinhard Meuche-Mäker im Bereich der analytischen Begleitung des Parteibildungsprozesses (Buchveröffentlichungen »Die Linke. Wohin verändert sie die Republik?« zusammen mit Michael Brie und Cornelia Hildebrandt sowie »Die PDS im Westen«) zu nennen.

Neben dem bereits erwähnten übergeordneten Schwerpunkt »1968« werden sich alle westdeutschen Regionalbüros und Landesstiftungen in diesem und im kommenden Jahr in Zusammenarbeit mit der neuen Kommunalakademie der RLS um eine deutliche Ausweitung kommunalpolitischer Bildungsangebote kümmern. Daneben gibt es eine Reihe von regionalen Schwerpunktsetzungen, von denen hier nur einige genannt werden können:

- In Schleswig-Holstein und Bayern wird der 90. Jahrestag der Novemberrevolution von 1918 seinen Niederschlag in der Veranstaltungstätigkeit finden. Dabei sollen sowohl regionale Aspekte (etwa der Matrosenaufstand von Kiel als Initialzündung und die Gründung/Ausrufung/Schaffung des Freistaates Bayern durch Kurt Eisner) als auch übergeordnete Fragestellungen, etwa zur Aktualität von rätendemokratischen Vorstellungen und unterschiedlichen linken Positionen zur parlamentarischen Demokratie, aufgegriffen werden.
- In NRW werden zwei größere Tagungen zur Bildungs- und Hochschulpolitik stattfinden, bei denen jeweils die Landesaspekte im Mittelpunkt stehen.
- Die Thematik von Stadt- bzw. Metropolentwicklung und ihren sozialen Auswirkungen wird insbesondere durch Bildungsangebote in Frankfurt, Hamburg und auch in NRW fortgesetzt werden.
- Der kritischen Jugendkultur widmet sich der Bandcontest »Lauter Musik« im Saarland. Anliegen ist es, den aktuellen musikalischen Ausdrucksformen von linkem Protest und Widerstand zwischen politischem Lied und HipHop ein Forum der öffentlichen Wahrnehmung und des Austauschs zu geben.
- Zu den Schwerpunkten der Bildungsarbeit in Baden-Württemberg 2008 gehören die Veranstaltungsreihen »Vor-Denken: Kapitalismus, Kapitalismuskritik und Alternativen« und »Kriege und Konflikte im 21. Jahrhundert«. In Zusammenarbeit mit kompetenten regionalen Kooperationspartnern geht es um die systematische und analytisch anspruchsvolle Behandlung aktueller gesellschaftlicher Problemlagen.

*Dr. Lutz Kirschner ist Mitarbeiter für Controlling West/Projektmanagement der RLS.*

*Dr. Florian Weis ist Mitarbeiter im Büro der RLS-Geschäftsführung und zuständig für die Koordinierung des Stiftungsverbundes im Westen.*

Angela Isphording

# »Der 2. Oktober gerät nicht in Vergessenheit!«

Unter diesem Motto marschieren jedes Jahr Studierende, UniprofessorInnen, soziale AktivistInnen und Familienangehörige der Opfer durch das Zentrum von Mexiko-Stadt. MexikanerInnen, die sich auch vierzig Jahre später nicht damit abfinden wollen, dass bis heute keiner der Verantwortlichen für das »Massaker von Tlatelolco« zur Rechenschaft gezogen wurde.

## *Vier Monate lang dauerte der Traum von Freiheit und politischer Veränderung*

1968, mitten im Erdölboom, bereitete sich Mexiko darauf vor, Gastgeber für die Olympischen Spiele zu sein. Während die Regierung ihr Bestes tat, um sich der Welt als entwickeltes und demokratisches Land zu präsentieren, hörte die mexikanische Jugend Janis Joplin und Jimi Hendrix, diskutierte über Che Guevara und Mao und stellte damit zunehmend das verknöcherte politische System Mexikos in Frage. Wie auch in Berkeley, Berlin und Paris entstand der Protest innerhalb der Universitäten und breitete sich wie ein Lauffeuer unter der Bevölkerung aus. Sergio Arroyo<sup>1</sup>, damals elf Jahre alt, erinnert sich an einen »riesigen Schweigemarsch, bei dem fast eine halbe Millionen Menschen mit Fackeln durch das Stadtzentrum zog.« Auf den Märkten wurden den Brigadisten kistenweise faule Tomaten in die Hände gedrückt, ProfessorInnen und Eltern unterstützten ihre Schützlinge, ArbeiterInnen solidarisierten sich trotz der Staatsgewerkschaften. Sämtliche Universitäten wurden im Sommer/Herbst 1968 bestreikt, 123 Tage lang. Dabei waren es weniger konkrete Forderungen,

die die Menschen auf die Straße trieben, als ein weitverbreiteter Unmut gegenüber einem Regime, das seit fast fünfzig Jahren von der »Partei der Institutionalisierten Revolution« (PRI) geleitet wurde und jede Form von Kritik oder Andersdenken massiv unterdrückte. Vier Monate lang dauerte der Traum von Freiheit und politischer Veränderung. Mit drei Leuchtfeuern endete er: etwa 6.000 DemonstrantInnen hatten sich am 2. Oktober 1968 auf der Plaza Tlatelolco, im Norden von Mexiko-Stadt versammelt, um unter anderem die Freilassung politischer Gefangener zu fordern. Ohne vorherige Warnung schossen Soldaten und Geheimpolizisten in Zivil zwei Stunden lang scharf in die Menge. Die Menschen rannten um ihr Leben – »schlimmer als jedes Bombardement, das ich in Vietnam gesehen habe« schrieb die Schriftstellerin Oriana Fallaci, die selber angeschossen wurde, später. Die Zahl der Toten ist bis heute unklar. Die Annahmen schwanken zwischen 26 und 337, dazu jede Menge Verletzte, über zweitausend Festnahmen und viele Folterungen. Die Ermordung oder Verhaftung ihrer AnführerInnen, sowie die massiven Repressionen gegen alle Beteiligten, bewog die Studierenden der Nationalen Autonomen Universität Mexicos (UNAM) dazu, den Streik aufzuheben. Zehn Tage später begannen die 19. Olympischen Sommerspiele.

Seit ein paar Monaten setzt sich eine Dauerausstellung am Ort des Geschehens mit der Frage auseinander, was der Aufstand von 1968 für die mexikanische Gesellschaft bedeutet hat – fast sechzig Zeitzeugen und ehemalige ProtagonistInnen hat der mexikanische Regisseur Nicolás Echeverría über

den Widerstand und seine Auswirkungen befragt. Einig sind sich die meisten darüber, dass 1968 auch in Mexiko der erste Schritt hin zu einer pluralen und demokratischeren Gesellschaft gewesen sei. Doch das Monopol der Staatspartei PRI konnte erst dreißig Jahre später gebrochen werden. Trotz massiver Verfolgungen festigte sich die außerparlamentarische Opposition. Viele gingen nach dem traumatischen Erlebnis »in die Berge« und bereiteten sich auf den bewaffneten Kampf vor. Es folgten die dunklen siebziger und achtziger Jahre, in denen über 600 Menschen »verschwanden«. Erst nach dem Erdbeben 1985 kam es zu massenhafter Bildung sozialer und emanzipatorischer Bewegungen, sowie einer ernstzunehmenden parlamentarischen Opposition. Doch bis heute ist es dieser nicht gelungen, die eklatanten Menschenrechtsverletzungen, die Willkür der Behörden und die Straflosigkeit in Mexiko zu bannen. Wieder verschwinden Menschen, Oppositionelle sitzen hinter Gittern, JournalistInnen werden ermordet, Widerständige hingerichtet und die Täter laufen frei herum. So ist es nicht erstaunlich, dass die Demonstrationen am 2. Oktober nach wie vor gut besucht sind – el 2 de octubre no se olvide!

*Angela Isphording ist Leiterin des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mexiko Stadt.*

### Quellen:

- Anne Huffs Schmid »Studentenbewegung als Kulturgut: Das erste 68er-Mahnmal der Welt in Mexiko-Stadt«, Neue Züricher Zeitung 8./9.12.07
- Elena Poniatowska »La noche de Tlatelolco. Testimonios de historia oral.« México 1971. Neuere Ausgabe: México, Ed. Era, 1993
- Materialien der Dauerausstellung zu 68 im Centro Cultural Universitario Tlatelolco in Mexiko-Stadt

<sup>1</sup> Heute Kurator der Dauerausstellung zu 68 im Centro Cultural Universitario Tlatelolco in Mexiko-Stadt.

Peter Linke

# Gebaruto gegen alles und jeden

*Eine wichtige Frontlinie der 68er Revolte verlief quer durch Japans Universitäten*

Die über ein Jahr andauernden kriegsähnlichen Zustände auf dem Gelände der renommierten Tokio-Universität, ausgelöst Anfang 1968 durch Streiks an der medizinischen Fakultät, markierten den Höhepunkt langjährigen studentischen Aufbegehrens: Auf Massenproteste gegen die Entlassung linker Hochschullehrer (1950), erweiterte Polizeibefugnisse (1958) sowie die Verlängerung des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes (1960) folgten ab Mitte der sechziger Jahre massive Aktionen gegen den Vietnam-Krieg sowie für deutlich bessere Bedingungen in Studium und Lehre.

In all diesen Auseinandersetzungen zeigte sich Nippons Studentenschaft ebenso entschlossen wie zersplittert: Neben dem 1948 gegründeten, der Kommunistischen Partei Japans nahe stehenden Alljapanischen Verband Studentischer Selbstverwaltungen (Zengakuren) etablierten sich diverse linksradikale, maoistische Gruppierungen wie die Fraktion revolutionärer Marxisten (Kakumarū-ha), der Drei-Fraktionen-Block (Sanpa Rengo) sowie die Zentrumsfraktion (Chukaku-ha), die sich auf dem Höhepunkt der Studentenrevolte nicht nur Gefechte mit der Polizei, sondern auch und vor allem mit KP-treuen Zengakuren-Anhängern lieferten. Hinzu kamen so genannte unabhängige Radikale (Non-sekuto rajikaru), die jegliche Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen kategorisch ablehnten.

Gemeinsam war allen ein hohes Maß an Militanz: Gebaruto – Gewalt – wurde zum Schlüsselbegriff der rebellierenden Studenten. Eingebettet ins Japanische, sollte ausgerechnet ein deutsches Wort wesentliche Momente der damaligen inner-japanischen Kämpfe widerspiegeln: soto-geba – »Campus-Schlachten mit der Polizei«,

uchi-geba – »gewaltsames Vorgehen gegen anders denkende Studenten«, geba-ru – »Revolution machen« – mit dem geba-bo, dem »Schlagstock«, in der Hand...

Gewalt gegen alles und jeden, im Namen der großen Vorbilder Hegel, Marx, Lenin, Mao. Japans Establishment schlug brutal zurück, ließ die universitären Widerstandsnester durch Tausende von Polizisten stürmen. Im Ergebnis verlagerte sich der Kampf der Studenten vom Campus auf die Straße, wurde härter und blutiger: Im Spätsommer 1969 gründete sich Japans Rote-Armee-Fraktion (Sekigun-ha). Wollte sie die Weltrevolution vor allem im Nahen Osten herbei bomben, konzentrierten sich andere Gruppierungen auf Terroraktionen im eigenen Land, etwa die Antijapanische Bewaffnete Front Ostasiens (To-ajia han-nichi buso sensen), die Mitte der siebziger Jahre glaubte, durch Sprengstoffanschläge auf diverse Großkonzerne den japanischen Imperialismus demaskieren zu können.

Gleichwohl war die 68er Revolte das letzte linksprogressive Aufbegehren der japanischen Studentenschaft. Nach Verabschiedung eines überaus studentenfeindlichen Hochschulkontrollgesetzes durch die Regierung Sato im August 1969 zogen sich viele ehemalige Campus-Kämpfer verschreckt ins Private zurück. Erstmals seit den dreißiger Jahren dominierten konservative und ultranationalistische Ideen das intellektuelle Klima an Japans Universitäten. Reaktionäre Verbindungen wie die Union japanischer Studenten (Nihon gakusei kaigi) der Neujapanische Studentenbund (Shin-nihon gakusei domei) oder die Liga für die Reinheit des Studententums (Gakusei junsei domei) traten auf den Plan. Nihonjinron, die These von der vermeintlichen »Ausschließlichkeit

des japanischen Wesens«, machte die Runde, bereitete den Boden für diverse »Einheitsfront«-Aktivitäten ab Mitte der siebziger Jahre.

Heute tendiert das subversive Potential japanischer Universitäten gegen Null. Zwischen Shopping und Examen mal kurz Unmut über kontaminierte Blutkonserven (1995) oder den Irak-Krieg (2003) äußern – mehr ist nicht drin. Kaum verwunderlich für ein Land, in dem bereits das Verteilen von Faltblättern Polizei-Arrest nach sich ziehen kann.

Vor einheimischen Terroristen wähnt sich Tokio inzwischen weitgehend sicher. Die Sekigun-ha wird vom US-Außenministerium nicht länger als terroristische Organisation eingestuft. Ehemalige RAF-Größen wie Fusako Shigenobu oder Ekita Yukiko atmen seit Jahren gesiebte Luft. Und dennoch: Ganz tot scheint Nippons militante Linke nicht zu sein. So soll ein Sabotage-Akt gegen Japans Hochgeschwindigkeitszug Shinkansen aus dem Jahre 1998 auf das Konto radikaler Kakumarū-ha-Veteranen gehen.

*Peter Linke ist Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau.*



Rainer Rilling

## Es gab viele 68 ...

*und welches gerade mal das Sagen – also die Hegemonie – hatte, änderte sich wahrlich oft. Seitdem haben unendlich viele Zeitinterpretatoren im Steinbruch »68« gewütet, Belege für ihre ganz eigene Biografie mitsamt Geschichtssicht gesammelt und (sich) entsprechend positioniert. Nicht die Zukunft der Geschichte, sondern deren Gegenwart oder Vergangenheit hat sie interessiert. Doch 68 ist eine fröhliche Zäsur, die vergangen ist und ohne Zukunft, auch wenn die unsäglich redseligen Protagonisten dieser politischen Generation noch zwanzig oder dreißig Jahre weiter reden werden. Von links und rechts, unten und vor allem von oben. Furchtbar.*

### Schweigen und Reden

Damals ging es um die Zukunft einer Vergangenheit, deren massive Präsenz plötzlich sichtbar wurde. Sie war kaum zu ertragen. Daher gab es wenige Kompromisse mit der Wahrheit, also auch viel Schärfe, die lange blieb, oft als zuweilen auch stilsichere Sektiererei. In der Frage des Faschismus kam sehr wenig Spielerisches und nichts »Jugendbewegtes« vor. Radikalität paarte sich angesichts der Staubwolken der paar zusammenfallenden Fassaden der Macht rasch mit grandiosem Illusionismus und lauter, ernster Großrhetorik – auch das gehörte zu den *roaring sixties*. Das alles aber waren keine schlechten Methoden politischer Selbstbefeuern und -ermächtigung. Ein paar erste Risse konnten so in das sehr normale, ganz gründliche und überhaupt nicht dröhnende Schweigen der millionenfachen Melange aus mitlaufenden und regierenden *Nichtfaschisten* und selbstsicher herrschenden *Profaschisten* und *Faschisten* hineingebracht werden – und plötzlich dämmerte dahinter die Tatgemeinschaft der Abs und Adenauer, Quandt und von Braun, von Kapital und Katholizismus auf. Dies, die Frontstellung gegen den Faschismus, der nostalgisch als NPD neu in Land- und Kommunaltage einbrach, gegen seine Unterstützer, Profiteure, gegen die anderthalb Jahrzehnte in Familien, Schulen und Medien herrschende Zeit und Politik des machtgeordneten, verzweifelten oder anpasserischen, auf alle

Fälle aber lähmenden Beschweigens, der Verdrängung und der Rechtfertigung, gegen seine liberal-totalitäre Modernisierung (dieses Lied sang Herbert Marcuse in der linksbürgerlichen *edition suhrkamp* vor) – sie war seit 1964/5 ein Schlüsselmotiv, das viele *68er* (keineswegs bloß Studierende) in Bewegung setzte. Sie war nicht erst seit 1965/6, sondern schon Ende der 50er Jahre für den SDS, »konkret« oder linksliberale Verbände wie die Humanistische Studentenunion ein zentrales Motiv, das in den vielen 68er-Nutznießungen dieser Tage fast immer unterschlagen wird. Ein Schweigen, das nicht verwundert, wem nützt das schon im Biografiebusiness. Niemand auch kam damals auf die Idee, vom »Postfaschismus« zu reden, solche Entsorgungen der Geschichte und ihrer Theoretisierung folgten erst Jahrzehnte später. Aber verziehen hat man der aus 68 kommenden Linken diese rabiate Zerstörung des Schweigens zur Sache Faschismus nie – bis zum Jahreswechsel 2007/08, als die FAS als »*Hauptneurose der Achtundsechziger*« ihre »*distanzlose Identifizierung mit den Opfern des deutschen Vernichtungswahns*« und zugleich »*heimliche Kontinuitäten zwischen NS-Zeit*« und 68 diagnostizierte. Tatsächlich waren damals »Demokratie« und »Faschismus« die entschieden distanzlosen Schlüsselkriterien für die Beurteilung der alten und neuen Welt und ihrer Eingeborenen geworden und sie blieben bis heute, meist ohne Naivität und Heuchlerei. Freilich versperrten sie auch oft das Be-

greifen, dass die *Bourgeoisie* nicht *nur* eine Welt des Faschismus und der Ausbeutung, sondern etwa auch das Institut des Rechtsstaats und eine Kultur des Öffentlichen oder der Moderne zu schaffen vermochte – *und dass es diese Bourgeoisie überhaupt gab*, ob liberal oder radikal; und schließlich noch die schwerwiegendste Blindstelle: bestenfalls naive Demokratieideen lagen den Selbstorganisationen und Ordnungen zugrunde, die sich die 68er schufen.

Dass nun Diskurspolitik, zumal mit eigenem (linkem) Vokabular, als schlaues Medium der Sozialkarriere und des Machterwerbs zeitweise ganz beträchtliche Terraingewinne verschaffen kann, war den 68er Männern damals kaum bewusst. Sie wurde von ihnen einfach so gemacht. Und auch eine neue Welt der Texte meldete sich im rissig gewordenen Kalten Krieg, an den zu glauben seit 1964/5 immer schwerer fiel. Diese Texte standen hinter den Diskursen, sandten Botschaften aus, veränderten sich und verschwanden. Die ersten linken Verständigungsbücher (»CDU-Staat«, »Politik des Kapitals«, »Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik«, »Formen bürgerlicher Herrschaft«) hatten fünfzig- oder sechzigtausend Auflage. Wichtiger noch als die Texte aber war die leidenschaftliche Wiedereinsetzung des ja keineswegs privatisierten, sondern seines demokratischen Sinns entleerten und abgestorbenen *Öffentlichen* der Straßen, Fabriken, Hochschulen und kargen Drähte des

Internationalismus: das war neben der fantastischen Lockung der Utopie die einzige, frühe Versuchung der Macht – es war das Erstaunen über die Gemeinschaftlichkeit, die Attraktion der *Communalität*. Die Art des Lebens änderte sich und Marx war kein Gespenst mehr.

### Kultur und Kampf

Sich zudem kulturelle Absetzungsvorteile zu verschaffen machte Spaß, war einfach, zwingend und bestimmt keine Kulturrevolution. Sie sichern praktischerweise bis heute das klammheimliche Erkennen und manche Loyalitäten, ohne die keine Seilschaft und keine politische Generation funktionieren. Die 68er Politik der Beziehungen (die schon früh nachhaltig bis heute wirkend im SDS praktiziert wurde) war deshalb so erfolgreich, weil sie *die Linien zwischen Privatem und Öffentlichen* neu zog, *das Private als politische Resource entdeckte* und es nutzte, ohne dass die handwerklichen Fluchten ihrer kleinbürgerlichen Kerngruppen in die *Sümpfe* des Exhibitionismus und Eskapismus (bis hin zu den prärechten maoistischen Kurzzeitumtrieben) allzu überhand nahmen. Das geschah erst mit der Explosion der unterhaltsamen Beziehungsindustrie in den 70ern, ohne deren politische Psychologie es im Übrigen die Stärke und Dauerhaftigkeit des Feminismus und der Friedensbewegung der 80er Jahre ff. nie gegeben hätte. Damit erschloss sie sich einen riesigen Themenraum, dessen erfolgreiche Okkupation sie übrigens auch selbst durchaus als befreienden Tabubruch empfand und dann natürlich auch als progressive Regelverletzung inszenierte.

Das *Contra* war dabei das prekäre Band der bunten Bewegungen, die eine Weile lang mindestens gleich das System, seine Institutionen und den ganzen Rest los werden wollten, echt kleinbürgerlicher Radikalismus halt, wie die fast ausgestorbenen kommunistischen Fossile zielgruppensicher einschätzten, deren Antifaschismus wenigstens immer respektiert wurde. Autoritarismus und *Notstand der Demokratie* und der lähmend-

zukunftlose, scheinbar ewige Immobilismus des großen fordistischen Nachkriegsklassenkompromisses zwischen Liberalismus und Sozialismus mitsamt seinem Regime der Arbeit wurden plötzlich unerträglich. Sozialproteste kulminierten 68/9 in Italien, auch in Frankreich in isolierte Fabrikregierungen, die ersten seit 1945/47! Die Architektur des Kapitalismus wurde radikal dekonstruiert, auseinander genommen – an einigen wirklichen Orten und in vielen Köpfen. Die Bourgeoisie erschrak auch zum ersten Mal wieder und probierte seit 1973/4 gegen solche Insubordination jene neue Disziplinierung aus, die dann Neoliberalismus genannt wurde und alte wie neue Linke in einem kurzen Jahrzehnt ziemlich erledigte. Doch zuvor, 1967/8 noch, begleiteten Sozial- und Kulturprotest den Ausbruch in den Internationalismus und in das gerade Gegenteil des seit damals behaupteten Anti-Amerikanismus: die linken 68er waren vielmehr just eine distinkte bundesdeutsche Amerikanisierungsavantgarde, ein Fall von nachholend libertärer *Amerikanisierung der Linken* oder *linkem Amerikanismus* – eine neue Selbstausrüstung mit Modernität, die eine deutliche Differenz gegenüber vorherigen Generationen (nicht nur der »Väter«) und dem damals herrschenden wie konkurrierenden politischen Milieu setzte. Diese Variation der »Internationalität« wird oft ignoriert, wenn zu Recht an den »Internationalismus« der linken 68er mit Algerien, Vietnam oder Kuba erinnert wird.

Erst mit der Themen- und Verfahrenspolitik der *postmodernen* Eingemeidungsstrategie in den späten 70er und 80er Jahren und ihrer ambivalenten Pflege der Diversity konnten diese linken Vorstöße ins Private und neue Öffentliche konterkariert werden. Der linke Avantgardismus wurde als ein altertümlich-überholter Irrtum irgeleiteteter überbaubewegter Jugendlicher oder als kommod handelbare Modernisierungsvolte reinterpretiert. Das war übrigens keine Sache einer neuen politischen Generation, sondern Resultat einer erfolgreichen Politik korrumpierender Re-normalisierung, deren Erfindung und Durchsetzung über ein Jahrzehnt lang als die gleichsam ständige Aufnahmeprüfung der

neuen, bereits uneinholbar *zeitgewandten* post-68er Kohorten in die Belohnungskultur einer bundesdeutschen herrschenden Klasse verstanden werden kann, die sich in der Brandt/Schmidt-Zeit der servil-autoritären Traditionsbestände des konservativ-liberalen CDU-Staates entledigt hatte.

### Markt statt Politik

Und dann verlief sich die bleierne Zeit des terroristischen RAF-Manövers – für das sich die weit überwiegende Mehrheit der schon ermatteten linken 68er nicht interessierte – und eine letzte große politischen Innovation geschah: die massive Besetzung des Themas *Ökologie* und die bestandsfähige, produktive Abarbeitung an ihrer parteiförmigen Reproduktion, und das hieß auch: Aufgabe des Grundmisstrauens gegenüber dem *Staatsapparat Partei*. »Der« bürgerliche und kapitalistische *Kernstaat* wurde erst *noch* viel später als *Kampffeld* und damit als Raum gesehen, der auch für eine Steigerung politischer Möglichkeiten gut sein könnte bei der Konstruktion der Emanzipation.

Parallel zu dieser Annäherung an die alten Politikformen des liberalen Kapitalismus diffundierten die substantiellen politischen Trennschärfen und utopischen Potentiale des »Projekts 68« ungesehen und bestürzend leise (wenn auch nicht durchgängig, immerhin) in die neuen kapitalismusfähigeren Versprechungen eines ganz anderen, ebenso aktivistischen und transformatorischen Entwurfs, der freilich nicht zuerst mit Mehrheit, Macht oder Moral operierte, sondern der seine politische Kraft aus seiner radikalen Option für das *Nichtpolitische* – den Markt – zog. Mit einer solchen ausschließlich *marktbürgerlichen Rekonstruktion des Sozialen* manövrierte der *Neoliberalismus* die konkurrierenden politischen (Sozialismus/Sozialstaat) und zivilgesellschaftlichen (Bürgergesellschaft/Feminismus) Projekte der 68er unmerklich, schnell und effizient aus, zumal deren dünn gewordene Identität nach 89 fast ein Jahrzehnt lang keine Kraft mehr für eine Verbindung dieser Projekte mobilisieren konnte.

68 hat ihnen Raum geschaffen, alte linke Traditionsbestände wiederentdeckt, modernisiert und oft radikalisiert oder sie hat diese Projekte sogar (neu) hervorgebracht – mehr nicht. Sie produktiv zeitgerecht zusammen zu bringen und zu halten, bleibt die Chance jener anderen jetzigen Linken, die in der Zeit des Neoliberalismus entsteht – deren Sprung zur Bundestagsmacht freilich so unerwartet hoch und also regelmäßig derart pittoresk war und ist, dass der historische Abstand zwischen dieser neuen kleinen Macht und der jahrzehntelangen alten Ohnmacht riesig ist. Diese prekäre Spanne mitsamt ihren Widersprüchen wie vor allem Ungleichzeitigkeiten ist mittlerweile völlig aus dem Blickfeld der naturgemäß sehr geschäftigen Politik der **LINKEN** geraten. Weder ideen- noch machtpolitisch hatte das damals dann noch übrig gebliebene *linke 68* der neuen neoliberalen Praxis etwas entgegenzusetzen. Diese ging auf eine warenweltlich vermittelte Politisierung des Alltags und des Privaten aus, in deren Zentrum die zynisch-zähe *Verfolgung und Ermordung* jeglicher Idee, Kultur und Praxis der Gleichheit (und des nicht marktvermittelten Libertären) stand und steht. Eine nichtpolitische Kritik des Marktradikalismus kam dagegen nicht an und die Vorräte für eine politische Kritik des neoliberalen, imperialen, triumphierenden Kapitalismus aus dem Bestand der Linken schienen seit den 80ern und erst recht danach verbraucht, wie die dezimierte 68er Linke selbst, die wie andere politische Generationen vor ihr am Ende so viele müde und ausgebrannte Biografien aufweist. Oft genug las und liest sie die Gegenwart nur noch mit den Augen der Vergangenheit.

## Artefakte

Die Leistung der linken 68er war, ihre Erfahrungen der ersten großen politischen Krisenmomente (1964–1968/9) des goldenen Fordismus als Bruch und radikalalternativen Entwurf zu fassen. Ihre unmittelbare politische Aktion gelangte bis zur sozialen, kulturellen, theoretischen und auch politischen Revolte (ein Begriff, der sich der

ewigen Dialektik von »Reform & Revolution« nicht fügen will). Dieser erstaunliche Bruch provozierte deutlich Reaktionen. Die *offensiven* und *strategischen* Antworten der *ruling classes* freilich – ihre Politik der Modernisierung des Kapitalismus schon zeitgleich seit Mitte der 60er Jahre, ihre Aufkündigung des alten sozial-liberalen Klassenkompromisses und ihren Wechsel zum Neoliberalismus, ihr neuer Erfindungsreichtum in Sachen Zwang und Gewalt, ihre Klugheit bei der Schaffung neuer Produktivkräfte und damit ungesעהner Akkumulationsräume und -praxen – dies alles nahmen die linken 68er bestenfalls beiläufig zur Kenntnis, sie waren kein wirklich bewegendes Motiv. Vor allem die *unspannende* Eigentumsfrage hat sie kaum interessiert. Aber manchmal verwirklichte sie die *einfachen Sachen* (in) dieser Zeit: *Kooperation, Radikalität, Öffentlichkeit, Solidarität, Communalität* etwa, die sich größere Menschenmengen überwiegend aus der großen bürgerlichen Mittelklassenkultur eher selten zu Eigen machen.

Der politischen Linken hinterließ sie ein frisch aktualisiertes, säkularisiertes, oft entmystifiziertes und ziemlich komplettes historisches Register linken Denkens und eine Menge kultureller, theoretischer und politischer (nicht aber sozialer und schon gar nicht ökonomischer) Artefakte, welche nach 1989 halfen die *völlige politische Auflösung* der Linken in Europa zu verhindern, so dass es oft bei Dezimierung durch Demütigung, Geringschätzung und beiläufige Entmachtung blieb, also der Raum und die Chance zur *Rifundazione* offen gehalten wurden. Und es bleibt der Ratschlag, dass es sich lohnt, Probleme – Themen – auf ihr politisches *Überschneidungspotential* hin zu untersuchen und dieses cool, clever und mit einer radikalen Freude an Regelverletzung auszuprobieren.

68 war eine rasende Zeit. Verhältnisse lassen sich immer neu zum Tanzen bringen. Und: alles, was geschehen ist, kann wiederkommen. Alles.

*Prof. Dr. Rainer Rilling ist Referent des Bereichs Politikanalyse der RLS.*

## Publikationen der RLS

### rls-Standpunkte

Bernd Hüttner  
Einheit, Vielfalt und die Geschichte der Linken

Peter Birke/Bernd Hüttner  
Die 1968er Jahre in historisch-politischer Perspektive

Hanno Balz  
»Sympathisanten« als politisches Feindbild

### rls papers

Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift links. Sozialistische Zeitung (1969 bis 1997)

### Von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Buchveröffentlichungen

Peter Birke  
Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark

Stefan Bollinger  
1968 – die unverstandene Weichenstellung

Stefanie Ehmsen  
Der Marsch der Frauenbewegung durch die Institutionen – Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik im Vergleich

Richard Heigl  
Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Bildung der Neuen Linken

Bernd Hüttner, Gottfried Oy, Norbert Schepers (Hrsg.)  
Vorwärts und viel vergessen? Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen

Christoph Jünke  
Sozialistisches Strandgut.  
Leo Kofler. Leben und Werk (1907–1995)

Markus Mohr/Hartmut Rübner (Hrsg.)  
Prinzip Solidarität:  
Die Rote Hilfe in den 1970er Jahren

Manuela Bojadzjiev  
Die windige Internationale.  
Rassismus und Kämpfe der Migration

Details und Download unter  
[www.rosalux.de/cms/index.php?id=publikationen](http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=publikationen)

Silke Veth

# Von »Ästhetik des Widerstands« bis »Ziviler Ungehorsam«

Ein ABC der Alternativen

Alltagskultur  
 Antisemitismuskritik  
 Befreiungspädagogik  
 Bündnispolitik  
 Demokratisierung  
 Einstiegsprojekte  
 Feminismus  
 Frieden  
 Gegen-Hegemonie  
 Gegen-Öffentlichkeit  
 Globale Soziale Rechte  
 Globalisierungskritik  
 Gute Arbeit  
 Intersektionalität  
 kein mensch ist illegal  
 Keynesianismus  
 Kommunikationsguerilla  
 Kommunismus  
 Kritische Not- und Entwicklungshilfe  
 Militanz  
 Multitude  
 Open Source  
 Partizipativer Haushalt  
 Radikaler Reformismus  
 Rebellion  
 Social Movement Unionism  
 Sozialismus  
 Third Wave Feminismus  
 Transnationale Migration  
 Umsonstökonomie  
 Umverteilung  
 Vergesellschaftung  
 Verstaatlichung  
 Weltsozialforum  
 Widerstand  
 Wissensallmende  
 Zivile Gesellschaft  
 ...

Alternativen denken, formulieren und praktizieren sind tägliches Geschäft jeder und jedes Linken. Aber oft genug tun wir uns schwer, präzise und verständlich zu benennen, warum, wie und wann Projekte, Bewegungen, Gedanken Entwicklungen eine solche Dynamik bekommen, dass sich Gesellschaft verändert, welche Vorstellungen von Gesellschaftsveränderung wir überhaupt haben, oft stillschweigend mittransportieren und wie verhindert wird, dass den Alternativen »die Luft ausgeht«; kurz gesagt, wie Alternativen produktiv weiterentwickelt werden.

Gleichzeitig haben die letzten zehn Jahre einige Höhepunkte in punkto Alternativen hervorgebracht: seien es neue Wirtschaftsmodelle, supranationale Allianzen im Sinne eines »Postneoliberalismus« (nicht nur in Lateinamerika) oder die »(Welt-)Sozialforen«, die den Protesten der sozialen Bewegungen einen neuen Ausdruck gegeben haben usw. Die Zeit war daher reif für eine Bestandsaufnahme. Die Herausgeber/innen Bettina Lösch, Ulrich Brand und Stefan Thimmel haben in Form von präzisen, jeweils zwei Buchseiten umfassenden Begriffen von A bis Z gezeigt, dass die Linke (der oftmals vorgeworfen wird, nur »dagegen« zu sein), auch mindestens 126 Alternativen zu bieten hat. Durch die Zusammenarbeit des wissenschaftlichen Beirats von attac mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, aus deren Umfeld auch zahlreiche Autor/innen kommen sowie der »tageszeitung« ist zudem eine nicht alltägliche Kooperation entstanden.

Ein Verdienst des Buches ist es, dass durch die starke Beteiligung von Autor/innen aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ihrem Stiftungsverbund und Umfeld oft nur punktuell vorhandene Bezüge und geführte Debatten geordnet und zusammen geführt wurden und zum Teil auch die Potenziale von Alternativen, die »über das Jetzt hinausweisen«, spürbar werden. Ein Blick auf das Autor/innen- und Inhaltsverzeichnis bestätigt die unterschiedliche Couleur der aktuellen deutschsprachigen Linken und die Diversität ihres

Denkens und Handelns heute: feministische, migrations- und kulturpolitische Alternativen fehlen genauso wenig wie Strategien, Re- und Produktionsformen neu zu denken. Zudem konnten mit Ana Ester Ceceña, John Holloway und Raul Zibechi auch drei Protagonist/innen der lateinamerikanischen Debatte gewonnen werden.

Herausgekommen ist ein Buch, das nicht nur als Lexikon funktioniert, sondern auch von vorne nach hinten als eine Geschichte über alte und neue, über scheinbar kleine und große Alternativen sowie ihrer historischen Verbindungen und inneren Spannungen gelesen werden kann. Sind die großen Erzählungen den kleinen Utopien gewichen? Wer sind die neuen Akteurinnen und Akteure? Was passiert schlussendlich, wenn K wie »Klassenkämpfe« und T wie »Third Wave Feminismus« aufeinander treffen? Die Vorlage zur Diskussion dieser und anderer Fragen haben die Herausgeber/innen geliefert. Jetzt sollten wir als politische Bildner/innen mit diesem Material, das weit über das Ziel der üblichen ökonomischen Alphabethisierung hinausgeht, auch produktiv arbeiten.

*Silke Veth ist Referentin für Internationale Politik der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*



**ABC der Alternativen**  
 Von »Ästhetik des Widerstands« bis »Ziviler Ungehorsam«  
 Hrsg. von Ulrich Brand, Bettina Lösch und Stefan Thimmel in Kooperation mit dem wissenschaftlichen Beirat von attac, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der tageszeitung  
 272 Seiten, Klappenbroschur  
 VSA-Verlag Hamburg 2007  
 12 Euro  
 ISBN 978-3-89965-247-5



Eckhard Müller

# Annelies Laschitza: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie

Biographien sind wie kaum ein anderes Genre der Geschichtspublizistik geeignet, historische Abläufe lebendig zu demonstrieren und die außerordentliche Vielfalt menschlichen Verhaltens im Geschichtsverlauf zu veranschaulichen. Annelies Laschitza schildert in ihrem Werk fesselnd Entwicklungsprobleme, Entscheidungsprozesse und Konfliktsituationen in Karl Liebknechts Lebensweg und den seiner großen Familie, der über hundert Jahre deutscher Geschichte spiegelt.

Die Autorin greift mit der Familienbiographie eine ihrer früheren Forschungslinien wieder auf, um Karl Liebknecht insgesamt ins Blickfeld zu rücken und ebenbürtig an die Seite Rosa Luxemburgs zu stellen. Denn Karl Liebknecht zusammen mit Rosa Luxemburg immer nur als Kriegsgegner, Mitbegründer von Spartakusbewegung und KPD und als den mit ihr an einem Tag Ermordeten zu erwähnen, wird seiner Individualität und seinen Leistungen nicht gerecht. Persönliches, Familiäres sowie Politisches und Zeitgeschichtliches wird in 20 Kapiteln, jeweils mit einem inhaltlichen Schwerpunkt – u. a. Elternhaus, Schul- und Studienjahre, Rechtsanwaltschaftigkeit, sozialdemokratischer Parlamentarier, Wegbereiter der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung, Leben in der Großfamilie, Antimilitarist, – dargestellt, sodass Karl Liebknecht als ungestümer Kämpfer und eigenwilliger Denker, als Mann mit Charme und Charisma in Erinnerung bleibt.

***Diese Biographie übertrifft bisherige Darstellungen von Leben und Werk Karl Liebknechts (1871–1919) an Prägnanz und Detailfülle.***

Bei Karl Liebknecht ist Überlegenswertes und Anregendes zu entdecken. In seinen Parlamentsreden und in außerparlamentarischen Aktivitäten unterstrich er sein humanistisches Anliegen im Kampf für demokratische Verhältnisse in Deutschland. Er kämpfte



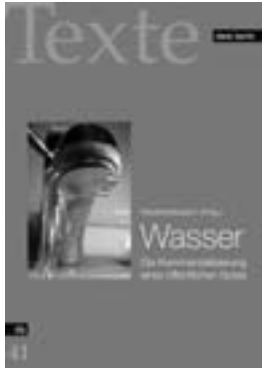
mit aller Energie darum, den zum Kriege führenden Rüstungswahnsinn internationaler Konzerne zu entlarven. Erstmals wird Liebknechts Suche nach neuen Forschungsansätzen in philosophischen Fragen anhand seines Fragments »Die Bewegungsgesetze der menschlichen Gesellschaft« von 1917/18, das die Familie als sein Hauptwerk ansah, so ausführlich in einer Biographie vorgestellt. Ein Novum ist die breite Darstellung des familiären Lebens und Umfeldes einschließlich der Zeit der unehelichen Beziehungen zu seiner späteren zweiten Ehefrau Sophie.

Die Autorin ist auf der Grundlage von vielen Gesprächen mit Familienangehörigen, von neuen Quellen, insbesondere von Briefen und Erinnerungen seiner zweiten Frau tief in das Wesen der Persönlichkeit von Karl Liebknecht eingetaucht. In der vorliegenden Familiensaga der Liebknechts werden menschliches Denken, Fühlen, Handeln und Mentalitäten überzeugend dargelegt, sie bietet geistigen Gewinn und regt zum Disput an.

*Dr. phil. Eckhard Müller ist Historiker.*



Annelies Laschitza  
**Die Liebknechts  
 Karl und Sophie – Politik  
 und Familie**  
 511 Seiten, gebunden  
 Aufbau-Verlag 2007  
 24,95 Euro  
 ISBN 978-3351026523



Wasserkolloquium (Hrsg.)  
**Wasser**  
**Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes**  
 Texte 41 der  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung  
 ca. 200 Seiten, Broschur  
 14,90 Euro  
 ISBN 978-3-320-02135-1

Wasserkolloquium (Hrsg.)

# Wasser

*Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes*

Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrsleistungen, öffentliche Daseinsvorsorge in der Kinderbetreuung, im energie- und wasserwirtschaftlichen Bereich sowie öffentliche Aufgaben in Rundfunk, Fernsehen und Wohnungswirtschaft werden neuerdings privatisiert.

## Wie können erfolgreiche Gegenstrategien aussehen?

Dieser Band beleuchtet die Kommerzialisierung und den komplexen Wandel der Wasserwirtschaft auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Kommerzialisierung zeigt sich nicht nur als die Übertragung von Aufgaben an private Träger, sondern auch als zunehmende Ausrichtung öffentlicher Einrichtungen an betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien.

*Die HerausgeberInnen (Christina Deckwirth, Frank Hüesker, Matthias Naumann, Birke Otto, Tanja Pflug, Philipp Terhorst und Kim Weidenberg) sind eine Gruppe von NachwuchswissenschaftlerInnen unterschiedlicher Fachdisziplinen, die zu verschiedenen Aspekten des Wandels im Wassersektor arbeiten und promovieren. Die Gruppe entstand Ende 2005 im Rahmen der Jahrestagung des Netzwerks »Öffentliche Güter – Privatisierung – Regulation« der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Seit Anfang 2006 besteht ein monatliches »Wasserkolloquium«, auf dem der Fortgang der eigenen Arbeiten sowie aktuelle Entwicklungen im Wassersektor und gemeinsame Projekte diskutiert werden.*

Erscheinungstermin: März 2008



Ulrike Freikamp,  
 Matthias Leanza, Janne Mende,  
 Stefan Müller, Peter Ullrich,  
 Heinz-Jürgen Voß (Hrsg.)  
**Kritik mit Methode?**  
**Forschungsmethoden**  
**und Gesellschaftskritik**  
 Texte 42 der  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung  
 ca. 250 Seiten, Broschur  
 14,90 Euro  
 ISBN 978-3-320-02136-8

Ulrike Freikamp, Matthias Leanza, Janne Mende, Stefan Müller, Peter Ullrich, Heinz-Jürgen Voß (Hrsg.)

# Kritik mit Methode?

*Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik*

Kritisches Forschen beginnt schon bei der Auswahl des Gegenstandes. Nicht zuletzt unterscheidet sich kritisches Forschen von der »unkritischen« Normalwissenschaft in der Auswahl der Kriterien. In ihren methodologischen Überlegungen berücksichtigt sie die Folgen der Forschung für die »Beforschten«.

Außerdem setzen Forscher, die sich kritischen Methoden verschrieben haben, bei Forschungsethik und Datenschutz oft höhere Maßstäbe. Verbunden wird das mit dem Anspruch, die erkenntnistheoretischen Positionen der traditionellen Wissenschaften zu reflektieren, deren Einschränkungen zu erkennen und ihre Grenzen zu überwinden.

Kritische Wissenschaft will Macht und Herrschaft, Gewalt und Unterdrückung, Unfreiheit und Ausschließung aufdecken und bietet dafür ihre eigenen Zugänge und Methoden an. Mit kritischer Forschung wird versucht, zu zeigen, dass nicht alles so ist, wie es scheint, und dass nicht alles so bleiben muss, wie es ist.

*Die AutorInnen gehören dem stipendiatischen Arbeitskreis »Qualitative Methoden« in der Rosa-Luxemburg-Stiftung an.*

Erscheinungstermin: März 2008

Jörg Roesler

# Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik

*Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre »Argumente« produzieren*

Die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« hat sich zur Aufgabe gemacht, »das erfolgreiche Modell der Sozialen Marktwirtschaft, aber angepasst an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts«, zu propagieren. Eine zentrale Rolle spielt bei ihrer Agitation die neoliberale Mär, dass Ludwig Erhard mit einem liberalen Wirtschaftssystem das »Wirtschaftswunder« gezeugt habe.

Der Autor zeigt, welche Ordnungspolitik sich zwischen 1948 und 1953 – zumeist gegen den Willen Erhards – durchsetzte. Der bundesdeutschen Wirtschaft wurden deutlich sozialstaatliche und auf Ausgleich gerichtete »Korsettstangen« eingezogen, die für Jahrzehnte außerordentliches Wachstum und hohe soziale Standards ermöglichten.

*Jörg Roesler, Prof. Dr. rer. oec, Studium der Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität, danach in Berlin in Lehre und Forschung tätig. In den 90er Jahren u. a. Vorlesungen an der Universität der Künste in Berlin sowie zur deutschen Geschichte seit 1945 in Montreal und Toronto (Kanada) und in den USA.*

## Leipziger Buchmesse

Gemeinsamer Messestand der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Karl Dietz Verlages Berlin auf der Leipziger Buchmesse:

**13. bis 16. März 2008, Halle 5, Stand B 409**



Jörg Roesler  
Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik  
Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre »Argumente« produzieren  
Texte 43 der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
ca. 120 Seiten, Broschur  
9,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02137-5

Erscheinungstermin:  
März 2008

Stefan Bollinger

# 1968 – die unverstandene Weichenstellung

Das Jahr '68 ist zwar von Deutungen und Deutern okkupiert, das Phänomen 1968 sei jedoch erledigt, die Akteure erwachsen und geläutert. Bestenfalls taue das Jahr '68 zur Erinnerung und eigentlich zur Abschreckung, wohin auch im Westen Utopien führen können – zu Gewalt und Terror. Im Osten kannte man es seit 1917 ja sowieso nicht anders.

**»Ein Frühling irrer Hoffnung.«**

Erasmus Schöfer

Also gilt es, die Erinnerung an dieses Jahr und seine Nah- wie Fernwirkungen zu historisieren, vielleicht zu verklären oder zu dämonisieren. Oder kann dieses Jahr für emanzipatorische Ansätze neu begutachtet


werden? Muß genauer nach Ursachen und Wirkungen gefragt werden, und könnte sich herausstellen, dass die kulturellen Brüche, die Entkrampfung der westlichen Gesellschaften und die Entsozialisierung der Linken und des Ostens nur die Oberfläche tiefergehender Prozesse abgaben, die ganz andere, zunächst neoliberale Antworten fanden und ihre emanzipatorische, sozialistische Antwort bislang noch nicht gefunden haben?

*Stefan Bollinger, geboren 1954, Politikwissenschaftler, Doz. Dr. sc. phil.; Forschungen zu Realsozialismus, Wende und Transformation, Utopien, neuen sozialen Bewegungen.*



Stefan Bollinger  
1968 – die unverstandene Weichenstellung  
Texte 44 der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
ca. 150 Seiten, Broschur  
14,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02138-2

Erscheinungstermin:  
Juni 2008



»Sie fragen in Ihrer Karte: ›Warum ist alles so?‹ Sie Kind, ›so‹ ist eben das Leben seit jeher, alles gehört dazu: Leid und Trennung und Sehnsucht. Man muss es immer mit allem nehmen und alles schön und gut finden. Ich tue es wenigstens so. Nicht durch ausgeklügelte Weisheit, sondern einfach so aus meiner Natur. Ich fühle instinktiv, daß das die einzige richtige Art ist, das Leben zu nehmen, und fühle mich deshalb wirklich glücklich in jeder Lage. Ich möchte auch nichts aus meinem Leben missen und nichts anderes haben, als es war und ist.«

Rosa Luxemburg in einem Brief an Sophie Liebknecht  
Aus: Rosa Luxemburg, **Briefe aus dem Gefängnis**, Karl Dietz Verlag Berlin 2000, S. 28ff.